

Bonn, Montag 24. April 1972

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [Echternach], [Erhard], Filbinger, Hahn, Haselmann, Kaltefleiter, Katzer, Köppler, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Strauß, [Stücklen], [Tandler], [Weiskirch], von Weizsäcker.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Politische Lage nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg.

POLITISCHE LAGE NACH DER LANDTAGSWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Barzel: Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands in der Hoffnung, daß wir in diesem schönen Raum immer aus so gutem Anlaß uns zusammenfinden werden, wie dies heute der Fall ist. Mein besonderer Glückwunsch gilt unserem Freund Filbinger zu dem glänzenden Wahlsieg in Baden-Württemberg.¹ (*Beifall.*) Und wir freuen uns auch, daß unser Freund Kohl und unser Freund Köppler hervorragende Kommunalwahlergebnisse haben.² (*Beifall.*) Das alles paßt sehr gut zusammen.

Meine Damen und Herren, ich habe zunächst eine etwas schmerzliche Mitteilung zu machen. Unserem Freund Theo Blank geht es, wie Sie wissen, so schlecht, daß er sich gezwungen sah, sein Mandat niederzulegen aus eigenem Entschluß, da er annimmt, daß die nächsten 14 Tage bei uns volle Präsenz von jedermann erfordern werden. Ich glaube, in Ihrer aller Einverständnis zu handeln, wenn ich ihm heute einen besonders herzlichen Gruß des Parteivorstands übermittle, denn die Haltung, die er eingenommen hat, ist vorbildlich. Sie alle wissen, wie gerne er dem Parlament auch weiter angehört hätte.

Und nun ein paar Worte aus meiner Sicht. Ich denke, daß ich es kurz machen kann, weil zu den Wahlergebnissen der eben genannten Kollegen vor allem Herr Filbinger sprechen wird. Aber auch Herr Kaltefleiter ist da. Ich begrüße ihn, der zu ersten Mitteilungen aus seiner wissenschaftlichen Abteilung zur Verfügung steht. Ich möchte aber mich besonders bedanken nicht nur bei allen Kollegen, die gekämpft haben, sondern ich freue mich doch sehr, daß unsere beiden Ehrengesetzten, Professor Erhard und Bundeskanzler Kiesinger, wirklich in einer hervorragenden Weise sich betei-

1 Zum Ergebnis vgl. Nr. 20 Anm. 8.

2 Zum Ergebnis der Teil-Kommunalwahlen am 23. April 1972 in Rheinland-Pfalz vgl. „Mitteilungen des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz“ vom 23. April 1972; „Die Welt“ vom 25. April 1972 „Gewinne der CDU und SPD bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz“. – Zum Ergebnis der Teil-Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vgl. Nr. 20 Anm. 58.

ligt haben. Wir sind beiden sehr dankbar, das hat einen guten Eindruck gemacht. Ich glaube, daß unser Freund Filbinger den kleinen Schmerz über seine Stadt Freiburg³ doch nicht so schmerzlich empfindet, weil er 53 % der Mitbürger für sich selbst gewonnen hat. Und das ist doch eine sehr wichtige Sache. Das Entscheidende an diesem Wahlkampf war, wir haben gekämpft. Wir haben unsere Linie gehalten. Wir haben zusammengestanden und uns nicht durcheinander und auseinander bringen lassen. Und es war natürlich ein Vorgeschmack auf das, was uns im nächsten Jahr bevorsteht oder bevorstehen könnte. Das bundespolitisch Wichtige ist, daß der Bundeskanzler zuerst diesen Wahlkampf überhaupt nicht annehmen wollte, er ihn dann annehmen mußte nach unseren Erfolgen, sich dann über Gebühr eingesetzt hat und er der eigentliche Verlierer dieser Wahl ist. Daran kann gar kein Zweifel sein. Während wir hier, ganz vorne unser Freund Filbinger, uns wirklich freuen können über diese Lage dort.

Ich möchte aus der Sicht der Bundespolitik nur wenig sagen, weil wir sicher die aktuellen Fragen diskutieren wollen, und da sollte der Vorsitzende nicht all zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß aber erstens sagen, daß die gegenwärtige Bundesregierung ein ganzes Stück Glaubwürdigkeit in die demokratische Autorität erschüttert hat. Täuschen Sie sich nicht. Das greift uns alle an. Eine Regierung, die mit der Wahrheit umgeht wie die gegenwärtige, wirft Schatten auf jeden Demokraten. Auch auf uns. Täuschen Sie sich da gar nicht. Verzeiht, ich habe Euch nicht begrüßt, Franz Josef⁴ und Richard⁵; selbstverständlich, daß Ihr heute hier seid und Herr Tandler. Wenn ich mir alleine einen einzigen Punkt ansehe, der mich nun wirklich beschwert: Sie erinnern sich an das Jahr 1970, soweit Sie damals im Bundesvorstand waren, als ich wiederkam von dieser westlichen Rundreise und wegen Berlin einige Ausführungen machte, die dann zu dem Papier⁶ geführt haben. Ich sagte, es ist sehr wohl möglich, mit den Westmächten eine gemeinsame Position zu finden. Dann war ich beim Bundeskanzler, der dem zugestimmt hat in den Grundsätzen. Der zentrale Satz der damaligen Aussagen der Union und damit der Bereitschaft der Zusammenarbeit mit den Westmächten und der Bundesregierung war: „Aus Berlin darf kein drittes Deutschland werden.“ Deshalb die Bindungen usw. Das hat der Bundeskanzler Herrn Stücklen und mir in aller Form am 10. September 1970 bestätigt. Wir sehen heute aus den nicht bestreitbaren Dokumenten, daß er bereits im Januar 1970 diese Position aufgegeben hatte. Berlin ist kein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Und kein Teil heißt, das Bein ist ab, und wir sind dann in einer schlechten Situation auch gegenüber den Westmächten.

3 Filbinger war in seinem Wahlkreis Freiburg-Stadt dem SPD-Kandidaten Rudolf Schieler mit 42,3 % zu 45,2 % der Stimmen unterlegen, vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 25. April 1972; „Die Welt“ vom 24. April 1972 „Wahlsieger Filbinger verliert seinen Wahlkreis: ‚Sagt es ihm noch nicht, er gibt schöne Interviews‘“.

4 Franz Josef Strauß.

5 Richard Stücklen.

6 Zur Reise Barzels nach Paris, London und Washington 1970 vgl. Nr. 9 Anm. 8. – Zum Sieben-Punkte-Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion für eine künftige Berlin-Regelung vgl. Johann Baptist Gradl: Vor der nächsten Berlin-Runde, in DUD Nr. 185 vom 29. September 1970 S. 1 f.; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 30. September 1970 „CDU präzisiert ihre Berlin-Forderungen“.

Denn wir haben sie kritisiert an dieser Stelle des Berlin-Abkommens, wo sie mannhaft eine Position verteidigt haben, die sie gar nicht halten konnten, weil die deutsche Regierung sie längst vor Beginn der Verhandlungen verkauft hatte. Das sind schwerwiegende Vorgänge, das sind Vorgänge, über die man nachdenken muß, auch in den Konsequenzen, die man daraus zieht. Ich will mir jetzt sparen, auf die Finanzkrise und den Mißbrauch von Steuergeldern des Bundes in einem Landtagswahlkampf einzugehen, obwohl das alles schlimm genug ist. Ich finde, der Mißbrauch der Sonderrechte der Bundesregierung, drei Tage vor einer Landtagswahl im Fernsehen eine Erklärung⁷ abzugeben, allein zu dem Behuf, den Führer der Opposition persönlich zu verleumdern, ist ein Mißbrauch von Staatsgewalt. Und ich muß sagen, dies alles ist eben nicht mehr das normale Spiel von Regierung und Opposition.

Der zweite Punkt: Wir können nicht leugnen, nachdem diese Papiere, die uns aus mysteriöser Quelle zugespielt worden sind⁸ und die ich absprachegemäß dem Kanzler, wie vielen anderen vorher, gegeben habe, daß die Regierung eine Komplizenschaft mit der Sowjetunion verhandelt hat. Wir wissen nicht, was es sonst noch alles gibt. Und es kann kein Zweifel sein, daß weder das Wort vom Holzen, noch das von der Mobilisierung der Betriebe nicht ernst gemeint war. Wenn wir jetzt die DGB-Kundgebungen uns ansehen und die Lage im DGB betrachten würden, vielleicht durch einen Vortrag des Kollegen Katzer, dann sehen wir hier, daß wir eine ganz ernste Situation vor uns haben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, und daß das natürlich seinen Schatten wirft auf die Beantwortung der Frage, ob etwa dies die Landschaft für Neuwahlen sein könnte. Wenn das so weiter geht bis 1973, dann bin ich der Auffassung, wird von diesem Kreis keiner ohne Rufmord oder ohne irgendeine Art von Erschöpfung die Bundestagswahl 1973 erreichen. Vor allen Dingen dann, wenn die Bundesregierung bis dahin Herr des Terminplans, des Geschenkkalenders und der Apparate bleibt, wenn sich die Lage im Fernsehen verfestigt, im DGB verschlechtert und vielleicht hinzukommt, daß die wirtschaftlichen Dinge nicht so schwierig werden, wie mancher befürchtet hatte, und es ihr gelingt, die Finanzkrise noch um ein Jahr hinaus zu schieben. Ich weiß, daß manch einer sagt: „Vorsicht mit allem, was Ihr jetzt tun könntet.“ Ich sage dies auch. Aber das Argument, die Politik eines Friedensnobelpreisträgers zu beenden, kann für uns kein Argument sein. Denn wir sind von Anfang an gegen diese Politik angetreten, und dies entspricht unserer Überzeugung.

Zu dem, was wir für die nächsten Wochen zu tun haben, werde ich einiges sagen.

7 Interview von Willy Brandt in der ARD-Sendung „Die Fernsehdiskussion“ am 19. April 1972 (ACDP Dokumentation AO Willy Brandt/Interview). Scheel trat am 20. April 1972 im ZDF auf (Appel-Runde) und verlas zur Veröffentlichung geheimer Protokolle und Verlautbarungen, die der Union zugegangen waren, die Erklärung der Bundesregierung vom 19. April 1972 (BULLETIN Nr. 58 vom 21. April 1972 S. 811). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. April 1972 „Scheel bezichtigt Barzel eines gestörten Verhältnisses zur Demokratie“, vom 22. April 1972 „Union weist Regierungsvorwürfe zurück“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 21. April 1972 „Kabinett beschuldigt Barzel schwer“.

8 Mehrere Unionsabgeordnete hatten Auszüge aus den Protokollen der Moskauer Verhandlungen zugesandt bekommen. Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 16. April 1972 „Rätselhafte Briefe mit Geheimprotokollen beunruhigen Bonn“. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 2.

Herr Kohl wird es dann ergänzen, weil er den Bericht für das Präsidium dazu übernommen hat. Das allerwichtigste in dieser Lage ist, daß die Union intakt ist und bleibt. Das ist ein staatspolitischer Punkt. Das heißt, wir müssen nicht nur entschlossen sein, sondern wir müssen auch besonnen sein. Und wenn ich mir nun die Lage angucke im Parlament, dann möchte ich gleich überwechseln in meine Funktion als Fraktionsvorsitzender.

Aus meiner Sicht ist die unerwünschteste Lage, daß wir in der nächsten Woche die Verträge lesen und es dann bei den Verträgen *pari* steht. Dann sind sie abgelehnt. Dann stellt der Bundeskanzler die Vertrauensfrage, und dann werden unsere Freunde sagen, wir müssen die Alternative deutlich machen, wir müssen ein Mißtrauensvotum dagegensetzen. Das Mißtrauensvotum ginge durch, weil eine ausreichende Zahl von Kollegen gegen eine Auflösung des Hauses ist aus Gründen privater Disposition. Dann säßen wir in 14 Tagen in der Regierung bei abgelehnten Verträgen, eine Lage, der Sie sehr wohl nüchtern ins Auge sehen müssen. Eine Lage, die ich als die unerwünschte bezeichnen möchte.

Es ist dann die Frage, ob sich in dieser Woche etwas ergibt. Es haben sich, Sie kennen die Entscheidung des Kollegen Helms⁹, die Mehrheitsverhältnisse zur Stunde so verändert, daß wir bis gestern 250:246 bei den Stimmberechtigten und 12:10 bei den Berliner Kollegen hatten. Seit gestern ist also 249:246:1, weil Herr Helms noch ein unabhängiger Kollege ist. Ich habe aber nicht nur Anlaß, davon auszugehen, sondern er hat mir selbst von sich aus gesagt, daß er gegen den Haushalt des Kanzlers stimmen werde und seine Stimme für eine andere Regierung in die Waagschale zu werfen bereit sei. Es gibt einige andere Andeutungen, über die ich mich jetzt hier nicht verbreiten will. Es gilt zu unterscheiden zwischen der offenen Abstimmung über den Kanzlerhaushalt und einer etwa geheimen Abstimmung über ein Mißtrauensvotum. Hierzu, meine Freunde, wird Herr Kohl nachher den politischen Beschluß des Parteipräsidiums¹⁰ bekannt geben.

Was die Politik insgesamt betrifft, so haben wir sehr prinzipielle Einlassungen gemacht. Ich möchte ausdrücklich sagen, die gelten alle. Nichts davon ist ein Vorwand. Wenn wir gesagt haben zu den Verträgen, versucht, die liegen zu lassen und Besseres herauszuholen, so ist das abgelehnt worden. Wenn dann das Präsidium vor 14 Tagen¹¹ in aller Form der Regierung gesagt hat, laßt uns zusammenarbeiten: abgelehnt. Wir bleiben bei dieser Linie, wie immer sich die parlamentarischen Dinge in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln. Denn dies sind keine Vorwände, sondern dies sind unsere prinzipiellen Überzeugungen. Dasselbe gilt für die Fragen des Radikalismus, der Sozialen Marktwirtschaft usw. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß ich seit 1969 in drei Punkten, was die Bekämpfung der Koalition betrifft, unver-

9 Wilhelm Helms (geb. 1923), Landwirtschaftsmeister; 1963 FDP, 1969–1972 MdB (23. April 1972 Austritt aus der FDP-Fraktion, ab 5. Mai 1972 Gast der CDU/CSU-Fraktion), 1979–1984 MdEP (CDU). Vgl. „Rheinische Post“ vom 24. April 1972 „Helms’ Austritt schlug wie eine Bombe ein“.

10 Protokoll in ACDP 07–001–1405.

11 Protokoll vom 10. April 1972 ebd.

ändert einer Meinung bin: Erstens, diese Leute müßten eines Tages cum infamia verschwinden. Zweitens, sie müssen auf ihrem eigenen Gebiet geschlagen sein und drittens, dies sollte, wenn irgend möglich, wegen des Apparats und der anderen geschilderten Entwicklungen vor 1973 erfolgen.

Nach dem gestrigen Tag – und das möchte ich persönlich sagen dürfen, ich habe ja auch in der Presse anderes vorher lesen dürfen – darf ich das wohl sagen, nach dem gestrigen Tag ist der Vorsitzende sehr viel ruhiger, sehr viel souveräner und frei von jedem falschen Drang. Er traut sich zu, im nächsten Jahr eine Wahl mit unser aller Hilfe zu gewinnen. Aber er weiß auf der anderen Seite auch, daß Situationen nicht wiederkommen, wenn sie einmal da sind. Und vor allen Dingen dann, wenn sie von anderen mitherbeigeführt werden, so daß der Vorsitzende vorhin im Präsidium fünf mögliche Dinge, die sich in der nächsten oder übernächsten Woche ergeben könnten, hier in die Debatte geworfen hat: Erstens, gar nichts zu tun und alles passieren zu lassen und einfach auf 1973 warten, wobei die Frage ist, ob das möglich ist, weil sich ja Mehrheitsverhältnisse und Zwangslagen ergeben können. Zweitens, abzuwarten, ob irgendeine der Abstimmungen der nächsten Woche, und da gibt es ja nun im Haushalt sehr viele, zu unseren Ungunsten oder zu unseren Gunsten ausgeht und wir dann handeln müssen. Drittens, Neuwahlen anstreben. Viertens, ins Auge fassen das Regieren bei abgelehnten Verträgen, sei es ab nächster Woche, sei es nach dem Einspruch des Bundesrats und der nicht ausreichenden Zurückweisung, was ja alles noch passieren kann. Fünfter Punkt: In dieser Woche ein konstruktives Mißtrauensvotum einbringen, das sachlich begründet wäre mit dem Hinweis, wir sind vom Erfolg nicht überzeugt, wir haben das nicht durchgerechnet, aber die Lage ist so, daß wir glauben, hier handeln zu müssen. Das sind die fünf Möglichkeiten, die sich in diesem Augenblick ergeben. Das ist der Bericht, den ich ganz kurz geben möchte, weil wir nicht allzuviel Zeit haben. Wir stehen hier unter dem Druck, uns in der ein oder anderen Frage entscheiden zu müssen. Ich würde es für richtig halten, wenn wir zunächst Herrn Kohl zur Vervollständigung des Berichts bitten. Dann haben wir alle etwas mehr Zeit nachzudenken über die Konsequenzen, während Herr Filbinger, Herr Kohl, Herr Köppler und Herr Kaltefleiter dann über die Wahl sprechen. Wenn Sie einverstanden sind, scheint mir dies die vernünftigste Zeiteinteilung zu sein. Denn wir müssen wie zeitlich disponieren, Herr Kraske?

Kraske: Wir haben für 13.00 Uhr ein Mittagessen hier und alles andere hängt von den Beteiligten ab. Wir haben um 15.00 Uhr Fraktionsvorstand. Das heißt, zu diesem Zeitpunkt müßten wir hier abschließen.

Kohl: Wir haben im Präsidium zusammen mit den beiden Kollegen aus der CSU, mit Franz Josef Strauß und Richard Stücklen eine Lageanalyse vorgenommen. Natürlich ergibt sich in einer solchen Situation auch eine Nuancierung der einzelnen Meinungen, das wird auch hier im Vorstand hoffentlich so sein. Übereinstimmende Meinung war, daß jetzt eine Situation eingetreten ist, in der Wähler und Bürger unseres Landes eine Partei sehr sorgfältig sehen, die die ganze Zeit von sich sagt, sie sei regierungsfähig. Das heißt, regierungsfähig in dem Sinne, daß sie auch in der Lage ist, tatsächlich dann, wenn der Zug langsam auf den Bahnsteig fährt, aufzusteigen und die

Macht im Sinne eines wirklichen Regierungskonzeptes zu übernehmen. Ich glaube, daß wir auch wenig Chancen haben, genau den Punkt auf dem Bahnsteig vorweg zu bestimmen, wann dieser Zug langsam fährt. Ich sage gleich hinzu, daß jeder, der über diesen Punkt nachdenkt, sich darüber im klaren sein muß – Rainer Barzel hat einiges davon schon genannt –, daß hier ein erhebliches Risiko steckt und wir sehen müssen, daß wir uns auf einem sehr dünnen Eis bewegen. Da ist zu nennen die verfaßte öffentliche Meinung, die alles tun wird, um die Regierung zu verteidigen. Da ist zu sehen, daß in der Minute eine Dolchstoßlegende für die Bundesrepublik begründet wird, etwa so aussehend, daß jetzt ein Friedenskanzler, Nobelpreisträger und alles, was hier mitschwingt, hundert Meter vor dem Ziel abgefangen wird. Da ist zu sehen, wenn wir jetzt die Regierung übernehmen, wird der Zustand, vor allem der öffentlichen Finanzen in unserem Lande, eine sehr prononcierte, klare Politik verhindern. Man kann natürlich eine gewisse Zeit, wenn wir jetzt die Regierung übernehmen, für die Bestandsaufnahme verwenden, und das läßt sich mit Tricks unter Umständen eine Weile strecken. Aber darüber gibt es gar keinen Zweifel, daß irgendwann der Status gemacht werden muß und die Wahrheit kommt. Wir sind uns, glaube ich, auch darüber im klaren, das soll man hier ganz offen aussprechen, daß dies in vielerlei Punkten bedeutet, daß wir vor die Bürger dieses Landes hintreten müssen und sagen: „Leute, das kostet Opfer.“ Ich will das im Detail jetzt gar nicht sagen, aber denken Sie an die Finanzpolitik, Steuerpolitik und alles, was damit zusammenhängt. Wir müssen weiterhin sehen, daß die Lage der Gesamtwirtschaft in unserem Land so ist, daß zu befürchten ist, daß die Preissteigerung, was wieder die Eskalation auf dem Lohnsektor beinhaltet, weitergehen wird, möglicherweise sogar in einem gewissen Tempo. Möglicherweise sind wir hier auch bei Betrachtung des Wahlergebnisses von Baden-Württemberg, wenn ich den städtischen Bereich betrachte, im Nachgang auch zu Bremen, zu der Erkenntnis gekommen, das muß sehr genau in den nächsten Tagen untersucht werden, inwieweit ein Teil unserer Mitbürger, vor allem ein großer Teil im urbanisierten Bereich, immun ist gegen diese Tendenz und daß es vielleicht so gar nicht durchschlägt. Das muß man genau sehen.

Und wir müssen das ganz schwierige Problem der Außenpolitik und der Verträge sehen. Durch diese Landtagswahlen fließt das mit hinein. Wenn in der Weltöffentlichkeit eine Stimmung erzeugt wurde, daß eben hier ein hervorragender Mann im Dienste des Friedens wirkt, bedeutet es für uns schon ein Problem der Durststrecke, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß wir genauso den Frieden wollen. Ich will das Zitat von Franz Josef Strauß im Bundestag aufnehmen: „Verträge ablehnen ist ein Übel, die Verträge annehmen ist ein größeres Übel.“ Die Punkte müssen wir mitbedenken. Also, ich glaube, das Risiko ist in gar keiner Form zu beschönigen. Die Alternative, die fünf Punkte, hat Rainer Barzel genannt. Gar nichts tun bedeutet, die Entscheidung auf die nächste Bundestagswahl zu vertagen. Hier werden die Meinungen sehr auseinandergehen. Wir hatten eben ein sehr kämpferisches Bekenntnis vom Vorsitzenden. Ich gehöre zu denen, das sage ich Ihnen ganz offen, die glauben, daß es in diesem Land, der Bundesrepublik Deutschland, ungleich schwieriger ist, bei unserem Wahlrecht aus der Opposition heraus die Regierungsverantwortung wieder zu

übernehmen, was in unserem konkreten Fall bedeutet, die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag zu haben. Jetzt kommt ja auch eine genaue Analyse des Wahlergebnisses von gestern dazu, wenn wir die FDP betrachten, wie sieht das dann aus 1973?

Persönlich glaube ich, und das war auch die Meinung, wenn ich es richtig interpretiere – die Kollegen können ja widersprechen –, daß niemand im Präsidium vorhin dabei war, der etwa sagte, der Vertagung auf das nächste Jahr soll das Wort geredet werden. Die Risiken sind z. T. unterschiedlich bewertet worden.

Die Frage ist dann, Neuwahlen? Ich glaube nicht, daß wir, z. T. aus den Gründen, die ich eben nannte, in der konkreten Situation auf Neuwahlen ausgehen sollten, zumal deren Ausgang absolut nicht sicher ist. Auch das Prozedere, um zu Neuwahlen zu kommen, etwa bei einem in dieser Frage hartnäckig nicht konstruktiv mitarbeitenden Bundespräsidenten, ist ganz ungewöhnlich schwierig. Das glaube ich, kann man hier sagen, obwohl das natürlich demokratisch gesehen mit Abstand die beste Lösung wäre.

Vom Zeitplan, das muß man auch sagen, würde es bedeuten, im Falle einer Regierungsübernahme von uns in diesen Wochen, daß man wahrscheinlich auf einen Termin kommen müßte, der im Herbst nach der Olympiade läge, wie überhaupt die Olympiade in dem Zusammenhang ein Argument ist für alles, was wir jetzt tun.

Der Punkt ist dann, ob wir es in der konkreten Situation, in der wir stehen, und bei dem Zahlenbeispiel, das wir haben, auf ein Risiko ankommen lassen. Wenn ich es recht sehe und interpretiere, war vorhin noch geschlossen die Meinung im Präsidium, daß man ein Risiko bejahen muß. Darum kann man hier in diesem Kreis nicht im Detail eruieren, an welchem Punkt etwa eine konkrete Aktion ansetzt. Ich bitte um Ihr Verständnis, daß es vielleicht zweckmäßig ist, das in der Fraktionsführung angesichts auch der ganzen Technik der Abstimmung, was hier zusammenhängt, zu bedenken.

Jetzt ist die Frage, Sie kennen die öffentliche Ankündigung des Kollegen Müller, der gesagt hat, er würde dem Etat von Herrn Eppler nicht zustimmen.¹² Nun ist die Frage, wird Herr Brandt als Kanzler, wenn der Etat von Herrn Eppler nicht verabschiedet wird, daran die Vertrauensfrage knüpfen? Politisch-parlamentarisch von der „Moral der Politik“ wäre das das Gegebene. Es gibt keine zwingende gesetzliche Vorschrift. Das ist eine der Schwierigkeiten, die wir sehen.

Wir müssen weiterhin sehen: Wenn abgestimmt wird, etwa über den Kanzlerhaushalt, ist dies eine öffentliche Abstimmung, was wiederum unter Umständen das Problem erschwert. Wir müssen weiter bedenken, daß bei möglichen Geschäftsordnungsanträgen Luft zu bekommen wäre für eine freiere Entscheidung, eine Vertagung der Verträge unter Umständen zu begründen, daß dies auch den Ablauf der Beratung der Verträge in den beiden federführenden Ausschüssen, dem Auswärtigen Ausschuß und

¹² Vgl. Interview von Günther Müller mit dem „Mittagsmagazin“ des WDR am 19. April 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4) sowie „Die Welt“ vom 20. April 1972 „Müller will in der SPD gegen Eppler und die Jusos kämpfen“.

dem Rechtsausschuß, beeinflußt, wenn wir die Berliner Stimmen mitzählen, was sich jetzt durch den Austritt eines Berliner Kollegen eliminiert; es zählt sich jetzt 11:11. Dennoch muß man sich darüber im klaren sein ... (*Barzel*: Offiziell 12:10, aber wir haben Anlaß davon auszugehen, für kämpferische Situationen ist die Sache pari.) Aber das wollte ich jetzt gar nicht weiter diskutieren, ich gehe in diesem Fall aus von 11:11. Wir sind uns drüber im klaren, daß bei einer solchen Geschäftsordnungsabstimmung, möglicherweise in namentlicher Konsequenz, viele Helden sich nicht ganz so heldenhaft sich verhalten werden. Wie wir überhaupt bei der ganzen Angelegenheit davon ausgehen müssen, daß Mut nicht jedermanns Sache und auch nicht jedermanns Sache in der Politik ist, auch in der parlamentarischen Politik. (*Barzel*: Gehorsam ist des Christen Schmuck!) Ja, wobei man Mut auch noch einmal interpretieren kann. Es gibt ein paar Kräfte, die dafür sind, die Regierung zu stürzen, und dann, wenn es andere getan haben, eine neue Regierung zu unterstützen. Daß hier ein großes Risiko drin steckt, glaube ich, ist klar.

Dennoch meine ich, mit den Kollegen aus dem Präsidium, ich darf das hier vortragen als eine Zusammenfassung: Wenn wir in unserem Ziel, tatsächlich die Regierung zur Verwirklichung eines besseren Konzepts der deutschen Politik zu übernehmen, jetzt nicht handeln, stellen wir natürlich große Fragezeichen in unserem Regierungswillen, wobei das Detail, wann man konkret ansetzt, hier gar nicht weiter von mir vorzutragen ist. Das ist vor allem eine Frage, die die Fraktion, der Fraktionsvorstand, heute noch einmal zu erörtern hat, daß man jetzt konkret zum Handeln kommen sollte. Wobei eine Reihe im Präsidium der Meinung ist, dazu gehöre auch ich, ich sag das hier ganz klar, daß wir nicht allzu viel Zeit haben, den Zeitpunkt noch hin und her zu schieben, weil mit dem Zusammentreten des Hauses ab heute nachmittag in den vielen Ausschüssen, Gruppen usw., die da tagen, auch der Nervenkrieg eine sehr breite Front einnehmen wird. Zusammenfassend darf ich mit einem Satz sagen, wir sind im Präsidium, gemeinsam mit den Kollegen aus der CSU der Auffassung – unter Wägung und Abwägung der nicht zu unterschätzenden Risiken – unsere Chancen, die wir sehen, jetzt zu wahren.

Barzel: Soweit der Bericht des Kollegen Kohl. Nun wollen wir uns erstmal alle wieder in die freudige Stimmung – und nicht in die Schwierigkeit der Sorgen – durch unseren Freund Hans Filbinger zurückversetzen. Nochmals herzlichen Glückwunsch und Gottes Segen für die Arbeit weiterhin!

Filbinger: Vielen Dank. Dieser Erfolg gestern war von uns in dieser Weise nicht mehr erwartet worden. Es standen die Zeichen vor Ostern sehr gut. Es war damals so, daß sogar eine besorgniserregende Euphorie in Baden-Württemberg und in den Kreisen der CDU herrschte. Und es war vielleicht ganz heilsam, daß dann die kalte Dusche von Ostern kam mit dem Passierschein¹³ und den Besuchen und den Rührsze-

13 Die DDR verkündete am 22. Februar 1972, daß die Transitregelungen für den Reiseverkehr nach Ost-Berlin an Ostern und Pfingsten entsprechend den Vereinbarungen des noch nicht ratifizierten Berlin-Abkommens gehandhabt würden. Es wurden fünf Besucherbüros zur zügigen Abwicklung der Visa-Anträge eingerichtet. Vgl. AdG 1972 S. 16901; AAPD 1972

nen, die auf uns herabgeregnet sind über das Fernsehen, daß da wieder eine Ernüchterung eingetreten ist und daß alle Kampfinstinkte wieder mobilisiert werden konnten. Die Tatsache, daß diese Mobilisierung bis zu letzten Stunde durchgeführt werden konnte, ist sicherlich mitentscheidend gewesen, daß wir das Tief, das um Ostern und nach Ostern herum ganz zweifellos zu unseren Lasten in Erscheinung getreten ist, wieder haben überwinden können, mindestens teilweise und daß wir dann mit 53 % überraschend hoch abschneiden konnten. Ich habe an dieser Stelle das Bedürfnis, allen Freunden sehr herzlich zu danken, aus dem Präsidium, aus dem Vorstand und aus dem Bundestag. Denn es ist gar keine Frage, daß ohne diese volle und ganz starke Solidarität in der ganzen Partei, an der Spitze der Vorsitzende, es nicht möglich gewesen wäre, die Dinge in Baden-Württemberg so durchzuziehen, wie es dann gelungen ist. Denn es war die ganze Maschine eingesetzt, über die die Bundesregierung verfügt. Das, was das Bundespresse- und Informationsamt inzwischen geworden ist, nämlich ein Bundespropagandaministerium, das haben wir sehr frisch zu spüren bekommen. Daß es da keine Not an Mitteln gibt, sondern daß unbegrenzte Mittel eingesetzt werden können, das war vorher schon unsere Vermutung, aber die Realität hat uns doch außerordentlich gepackt. Manches Mal war das eine sehr schmerzliche Konfrontation mit der unbegrenzten Kraft auf der anderen Seite.

Andererseits möchte ich eines sagen, und das ist sicherlich eine bundesweite Feststellung, die wir treffen können zugunsten unseres Parteiguts: Es hat eine Solidarisierung um uns herum, um den Kern der CDU stattgefunden, den wir so noch niemals in der Geschichte unserer Partei gekannt haben. Diese Wählerinitiativen, die da gekommen sind, sind natürlich z. T. von uns von langer Hand vorbereitet gewesen. Aber ob die dann ins Ziel kommen würden, das hing nicht mehr von uns ab, sondern das hing von dem Maß an Solidarisierung ab, das die Bevölkerungsgruppen durchgebracht haben. Und da ist nun nicht nur der Mittelstand, das Gewerbe und die Industrie, sondern da sind viele Einzelgruppen in Erscheinung getreten, die offenbar an uns vorbei in der letzten Zeit gewirkt haben. Und diese vielen Rinnsale haben sich in das Becken der CDU hinein ergossen. Und die haben mit dazu geführt, daß viele, die früher nie CDU gewählt haben, dieses Mal CDU gewählt haben.

Es ist uns gelungen, recht frühzeitig Einbrüche bei der FDP zu erzielen. Das war im frühen Frühjahr, Januar, Februar, durch Austritte, durch Übertritte von ganz renommierten FDP-Abgeordneten, so daß damals die Dinge so aussahen, als würde die FDP bis an die Grenze von 5 % heruntergedrückt werden. Möglicherweise, und es gab die Stimmen, ich gehörte nie dazu, sie sogar unter 5 % zu drücken.

Daß das nun nicht so der Fall war, sondern daß die FDP für uns überraschend gut abgeschnitten hat, das hat sicherlich seine Ursache in Vorgängen, die wir in der Analyse noch sehr genau in den Griff nehmen müssen. Ich glaube aber schon vorweg das folgende sagen zu können: Daß von dem, was von der ost- und friedenpolitischen Offensive der Bundesregierung und der Koalition hängen und wirkungsvoll geblieben ist

Dok. 51; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. März 1972 „Ost-Berlin kommt Senat weiter entgegen“; FAZ vom 25. Mai 1972 „Gute Bilanz der Besuchsregelung zu Pfingsten“.

gegen uns, sich vieles zur FDP und nicht so sehr zur SPD geschlagen hat. Ich glaube, daß der relativ bescheidene Erfolg, überraschend bescheidene und eigentlich enttäuschende Erfolg der SPD so mager ausgefallen ist, darauf zurückzuführen ist, daß Wähler sich nachher gesagt haben, CDU wählen wir nicht, obwohl wir sie gerne wählen würden, wegen der Ostpolitik. SPD wählen wir nicht, weil das die Roten sind. Gehen wir zur FDP. Und viele, die an sich der FDP schon abgeschworen und sich getrennt hatten wegen der gesellschaftspolitischen Linie und wegen der einseitigen Bindung der FDP an die SPD, haben dann in letzter Stunde, und zwar seit Ostern noch einmal unbestritten die FDP gewählt. Da sind dann Leute aus der Versenkung aufgetaucht, die man schon längst vergessen hatte, wie Eschenburg, wie Paulssen¹⁴ (*Zwischenruf*: Simpfendörfer!¹⁵) und andere; das hatte seine Wirkung. Ich glaube, wir dürfen bei der endgültigen Analyse auch eines nicht vergessen, und wir sollten das unter das Mikroskop noch sehr genau nehmen, wieviele Stimmen nun von der CDU wegen der Ostpolitik weggegangen sind, endgültig bei dieser Wahl. Ich glaube, daß dieses Phänomen wirklich zu beachten ist. Auf der anderen Seite glaube ich, daß eine ganze Reihe von Stimmen von der SPD zu uns herübergewandert sind. Die endgültigen Analysen werden uns darüber belehren, daß Arbeitnehmer, die nicht zufrieden waren mit der Inflationspolitik und anderen Dingen der Bundesinnenpolitik, zur CDU übergewechselt sind. Hier ist eine Umschichtung erfolgt, ein Wechseltrend, der letzten Endes dann zu unseren Gunsten ausgegangen ist.

Ich meine, daß wir Anlaß haben, eine Feststellung zu treffen, die wohl unbestreitbar ist: Es ist uns gelungen in Baden-Württemberg, ein für uns perniziöses Ausmaß der Friedenskampagne der Bundesregierung, der Koalition, abzufangen dadurch, daß wir klar bei unserer Linie geblieben sind, hier auf die gesellschaftspolitische Entscheidung abgestellt haben. Wir haben unentwegt diese Linie durchgehalten, auch im stärksten Trommelfeuer der Bundesregierung, die mit ostpolitischen Motiven das Land überschwemmt hat. Wir haben gesagt, es bleibt dabei, es ist eine Wahl, bei der es um die Grundsätze geht, um die Inflation bzw. die Stabilität, um die Abwehr des Radikalismus, Kriminalität usw. Und diese Motive haben durchgeschlagen zu unseren Gunsten, und es war richtig, diese Linie aufrechtzuerhalten. Es ist uns wohl nicht ganz gelungen trotz des Einsatzes unserer Freunde aus Präsidium und Bundesvorstand, die ostpoliti-

14 Dr. Hans Constantin Paulssen (1892–1984), Jurist; 1914 Promotion, 1914–1918 Kriegsteilnehmer, 1920 Eintritt in die Aluminium-Walzwerke Singen, 1923–1963 Mitglied der Geschäftsführung, 1963–1970 Vorsitzender des Aufsichtsrates, 1954–1964 Präsident des BDA. – Paulssen, Eschenburg und Simpfendörfer hatten sich in mehreren Zeitungsanzeigen für die Wahl der FDP ausgesprochen. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. April 1972 „Mehrere neue FDP-Wählergruppen“; Anzeige „Warum wir dieses Mal die F.D.P. wählen“ in „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. April 1972 (weitere Anzeigen in ACDP Dokumentation 17/1).

15 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), Lehrer; 1924 Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD), 1930–1933 MdR (CSVD), 1946 Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1952 MdL (CDU), 1949–1958 Vorsitzender des LV Nordwürttemberg, 1952–1960 MdL Baden-Württemberg, 1953–1958 Kultusminister. Vgl. LEXIKON S. 369.

sche Offensive abzuwenden. Ich glaube, daß da doch einiges hängengeblieben ist. Und ich glaube, daß, was ich vorhin andeutete, die Gewinne der FDP letzten Endes daraus resultierten. Wir werden gut daran tun, in der Analyse gerade diesen Punkt sehr genau uns anzuschauen.

Die Tatsache, daß Schiller es nicht gewagt hat, in Baden-Württemberg zu erscheinen, kann einiges sagen. (*Unruhe.*) Ihn vorzuzeigen bei uns, hätte, wenn er gekommen wäre, eine sehr starke Abfuhr für ihn bedeutet, daran gibt es gar keine Zweifel. Das kennzeichnet die Situation; dieser Mann hat in seiner eigenen Partei das Vertrauen restlos verloren. Er wird von dort nicht mehr getragen. Und das ist ein Faktum, das für die Ausrichtung unserer innenpolitischen Linie von einer erheblichen Bedeutung sein und bleiben wird.

Und noch ein Wort zur Ostpolitik. Es war, daß der Herr Scheel es ja für richtig gefunden hat, am Donnerstag die Appel-Runde¹⁶, bei der ich auftrat, um fünf Minuten zu vertagen. Und dann fuhr er einen sehr starken Angriff gegen die CDU. Ich habe diese Gelegenheit nutzen können, eine sehr scharfe Replik zu geben. Ich glaube, das hat gesessen. (*Barzel: Hervorragend!*) Das war nötig, (*Beifall.*) nicht nur um diese Unfairneß in der Methode, sondern auch die Unsachlichkeit zu konterkarieren. Ich glaube, daß dieser Punkt der Protokolle in nächster Zeit noch eine Rolle spielen wird und daß eines herauskommt, das wird wahrscheinlich für die CDU von Bedeutung sein, daß diejenigen, die diese Protokolle herausgegeben haben¹⁷, keine Kriminellen sind, sondern Leute, die aus Gewissensnot gehandelt haben. Ich glaube, daß der Zeitpunkt, in dem das an die Öffentlichkeit kommt, nicht mehr fernliegt und von einer erheblichen Bedeutung sein wird, auch für alles, was wir an Aktionen in ostpolitischer Hinsicht tun und lassen werden.

Ich meine, was hier die Bundesregierung sich geleistet hat, ist bisher noch nicht genügend konterkariert worden. Es war wohl richtig so, daß das nicht vor dem Zeitpunkt unserer Wahl kam, denn für uns wäre nichts unguter gewesen, als wenn die Ostpolitik auch noch von uns kräftiger betont worden wäre. Es war richtig, das Thema von uns aus nicht zu vermeiden. Wir haben ja auch seinerzeit über den Bundesrat und über die Debatten in unseren Landtagen eine Offensive ergriffen. Wir haben uns ostpolitisch verlautbart, haben aber im übrigen die Überlagerung durch Landespolitik und Bundesinnenpolitik beibehalten als Generallinie in unserem Wahlkampf, und diese Strategie war wahrscheinlich richtig. Das hat dieses Ergebnis bestätigt. Ich meine, wir hätten dadurch landespolitisch und vor allem im Bundesrat eine weitere innere Bestärkung unserer Linie bekommen.

Ein Handicap, das möchte ich aussprechen an dieser Stelle, war für uns im Wahlkampf die Tatsache, daß ostpolitisch die Gegenseite immer wieder mit dem Ausland operiert hat und ohne eine ausreichend wirkungsvolle Gegenwehr von uns hat wirken können. Wir haben ja Papiere gehabt, mit diesen 15 oder 20 Senatoren¹⁸, nicht nur

16 Vgl. Anm. 7.

17 Vgl. dazu GRAU S. 272–278.

18 Vgl. die Zusammenstellung „Stimmen aus dem US-Kongreß – Bedenken gegen die Bonner

republikanische, sondern auch demokratische und Kongreßabgeordneten, sehr gute Namen. Das kam nicht mehr heraus. Ob zu diesem späten Zeitpunkt, wo wir über die Namen verfügen konnten, das noch richtig gewesen und angekommen wäre, weiß ich nicht, das wage ich nicht zu behaupten. Aber immerhin wäre es möglich gewesen, dies ein paar Wochen vorher herauszuspielen, dann hätten wir bessere Möglichkeiten der Repliken gehabt. Egal, wir haben repliziert mit der Äußerung von Pompidou vom 16. März, daß er um Gottes Willen vermeiden möchte, daß die Verträge in dieser Form von uns abgeschlossen werden.¹⁹ Wir konnten verweisen auf Luns und eine Reihe von Stimmen. Aber wir sind damit nicht mehr durchgekommen, daß es im Ausland ganz namhafte Stimmen gibt, die nicht die Bundesregierung unterstützen bei dieser Ostpolitik. Die Auslandspresse ist eben ganz überwiegend von der Bundesregierung beeinflusst.

Vielleicht kann diese Erfahrung uns bei unserer künftigen Arbeit doch ein Hinweis darauf sein, daß wir, die wir früher über die Apparate verfügt hatten, außenpolitisch und im diplomatischen Bereich, uns jetzt in der Opposition etwas aufbauen, was in der Lage ist, wenigstens teilweise an die Stelle der nicht mehr vorhandenen Apparate zu treten. Daß wir wirkungsvoller uns den Freunden aus dem Ausland, auch den befreundeten Parteien aus dem Ausland, präsentieren, denn so, wie die Dinge wochenlang gelaufen sind, waren wir eben alleine. Die anderen konnten so operieren: „Das Außenamt ist auf unserer Seite alleine, allein auf unserer Seite. Und Ihr seid diejenigen, die allein bleiben.“ Ich weiß nicht, ob dem Präsidium auch noch diese Nachricht zugegangen ist, die in letzter Minute kam, von dem Brief, den Kissinger an Buckley²⁰ geschrieben hat. Ein ganz wichtiger Brief, der, wenn er ein paar Tage früher gekommen wäre, für die CDU eine sehr gute Ausgangsposition gegeben hätte. Hätte man über diese Stimme und über diese Aussage ein paar Wochen vorher verfügt, dann hätte das für uns eine andere Position bedeutet. Dann hätte die CDU/CSU sagen können, die Amerikaner sind ja auf unserer Seite und nicht wie die andere Seite das darstellt. Aber das kam zu spät, als das man daraus noch etwas hätte machen können. Für künft-

Ostpolitik“ vom 17. Februar bis 9. März 1972 (ACDP Dokumentation 0/071/01–e–USA); „Die Welt“ vom 22. Februar 1972 „Scharfe Kritik führender Mitglieder des amerikanischen Kongresses an der Bonner Ostpolitik: ‚Brandt macht es den USA sehr schwer, Moskau mit Bestimmtheit zu begegnen‘“; „Die Welt“ vom 3. März 1972 „Senator Hruska unterstützt die Haltung der CDU: Widerspruch im US-Kongreß gegen die Ostpolitik Bonns“; „Frankfurter Rundschau“ vom 22. April 1972 „Springer macht der Minderheit Flügel: Nur eine kleine Gruppe im US-Kongreß lehnt die Ostpolitik ab – aber sie kommt zu Wort“.

19 Pressekonferenz von Pompidou am 16. März 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4); „Münchener Merkur“ vom 17. März 1972 „Über Ostverträge frei entscheiden“. Vgl. FRUS 1969–1972 Vol. XL Dok. 354 „Telegram From the Embassy in Germany to the Department of State“ (Text im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/101006.pdf>) vom 14. April 1972 über das Gespräch Barzels mit einem Mitarbeiter der US-Botschaft in Bonn.

20 James Lane Buckley (geb. 1923), amerikanischer Politiker; ab 1950 Tätigkeit als Jurist, 1953–1970 Vizepräsident der Catawba Corporation, 1971–1977 Senator, 1982–1985 Präsident von Radio Free Europe, 1985–1996 Bundesrichter. – „Die Welt“ vom 21. März 1972 „New Yorker Senator Buckley kritisiert Ostverträge: Ratifizierung nötig zur Prüfung der US-Präsenz“.

tige Wahlkämpfe dürfen wir nicht so sehr isoliert sein. Hinsichtlich unserer ausländischen Freunde müssen wir mit einem wirkungsvolleren Orchester operieren können. Aber das ist ein Gebiet, das weit über das hinausgeht, was landespolitisch von uns zu verantworten ist. Ich möchte nur noch einmal meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es in gemeinsamer Anstrengung der CDU und aller Freunde gelungen ist, diesen Erfolg zu erzielen und daß wir damit gestärkt in den Kampf eintreten können, der jetzt vor uns steht, und der sicherlich an Härte dem in nichts nachstehen wird, was wir jetzt gerade in Baden-Württemberg erlebt haben. (*Beifall.*)

Barzel: Herr Kohl über Rheinland-Pfalz.

Kohl: Meine Damen und Herren, ich will es ganz kurz machen. Wenn Sie über dieses Kommunalwahlergebnis nachdenken und es betrachten, dann mache ich gleich ganz freimütig die Vorbemerkung, daß wir mit großer Skepsis an diesen Wahltag, obwohl wir einen umfassenden Wahlkampf geführt haben, herangegangen sind. Die Wahl betrifft ein Gelände, das für die CDU das schwierigste ist. Ich mache keinen Hehl daraus, daß die Festlegung des Wahltermins von mir durchgedrückt wurde auf diesen baden-württembergischen Termin, nach dem alten Pfälzer Bauernspruch, daß das große Wasser das kleine Wasser mitnimmt. Bei der Überlegung in diesem Zusammenhang waren wir einfach der Auffassung, daß es dann den Sozialdemokraten nicht möglich ist wegen der Sachbeanspruchung in Baden-Württemberg, etwa im großen Umfang Redner hier nach Rheinland-Pfalz zu bringen. Die Rechnung ist z. T. aufgegangen. Wir haben also gewählt, und das ist der Abschluß der letzten Verwaltungsreformwahlen in Rheinland-Pfalz, in zwei Landkreisen, in 14 Städten und in 72 Verbandsgemeinden. Wenn ich dieses Wort ausspreche, dann muß ich wenigstens einen Satz zur Erläuterung dazu sagen. Seit heute nacht, 12.00 Uhr, ist die Verwaltungsreform jetzt praktisch demokratisch legitimiert per Wahl. Es war die letzte der drei Nachwahlen, die notwendig waren. Heute gibt es statt 2.950 Gemeinden in Rheinland-Pfalz 180 Gemeinden, die jetzt zwischen 8.000 und 20.000 Einwohnern groß sind. Dies hat natürlich auch Konsequenzen auf die Delegation der Kompetenzen. Ich will es an einem Beispiel sagen, für die, die es interessiert. Diese Verbandsgemeinden haben beispielsweise die Baugenehmigungskompetenz der ersten Instanz. Wir sind uns darüber im klaren, daß auf dieser Basis natürlich örtliche Interessen massiv betroffen werden. Alleine wenn Sie sich die Legionen der ehrenamtlichen Bürgermeister, die indirekt oder direkt betroffen sind, dabei vorstellen, haben sie eine Vorstellung, wo sehr viele aus Freien Listen hervorgegangen sind, treue CDU-Wähler z. T. sind, aber auch treue SPD-Wähler. Dieses Problem erschwert auch den Vergleich zu früheren Wahlen. Wenn wir dennoch heute feststellen können, daß die Freien Listen an Gewicht verloren haben, dann schon deswegen, weil ab einer bestimmten Größenordnung die meisten Bürger, und das ist ganz interessant für das Bundesgebiet, zunehmend die Kenntnis haben, daß in einer bestimmten Größenordnung die politischen Parteien die besten Sachverwalter ihrer Interessen sind. Bei den Freien Listen muß man auch bedenken, daß natürlich alle Parteien, vor allem die FDP, aber wir auch und die Sozialdemokraten, sich so Beiläuferlisten gelegentlich gehalten haben. Es ist durchaus vorgekommen, daß mit Genehmigung der jeweiligen Parteiführung in einer Verbandsgemeinde

eine CDU-Liste auftrat und eine Liste für CDU-Mitglieder warb, um dann den Verbandsbürgermeister zu bekommen. Das ist überhaupt das wichtigste an der jetzt durchgeführten Wahl, daß wir davon ausgehen können, daß wir gut und gerne, wenn alles einigermaßen läuft, wie es angestrebt ist, mit dem, was schon vollzogen ist, was sich jetzt gestern in der Wahl ergeben hat, 120 dieser 180 Verbandsbürgermeister in Rheinland-Pfalz stellen. Ich mache gar keinen Hehl daraus, wir haben dabei auch etwas an die Zentrumstradition gedacht, wo früher die Pfarrer eine erstklassige Versorgung auch im Politischen auf dem Land garantierten; das ist ja heute weitgehend etwas anders geworden.

So ist das Erfreuliche an der ganzen Sache: Wir hatten in diesen Gebieten, wenn ich das zusammenrechne, aufgrund der sehr starken Anteile der Freien Listen bei den letzten vergleichbaren Gemeinderatswahlen 16 %. Wir sind jetzt in diesen Gebieten mit 38,4 % die stärkste Partei geworden, haben die Sozialdemokraten schlagen können. Ein Großteil der Freien Listen ist also von uns aufgesaugt worden. Die Sozialdemokraten konnten ihr Ziel, die stärkste Partei in diesen Gebieten zu werden, nicht erreichen. Die Unterschiede sind auch örtlich z. T. sehr verschieden.

Das zweite wichtige ist, wie ich schon erwähnte, die Abnahme der Wählergruppen. Das dritte ist, daß es trotz eines Wahlkampfes der SPD, der darin bestand, die Wahl totzuschweigen, gelungen ist, 79 % Wahlbeteiligung zu erreichen, was bei einer Kommunalwahl ungeheuer schwierig ist, weil eben die Themen, wo man umwerfende Versammlungen machen kann, weitgehend wegfallen. Es gibt einen interessanten, auch bundespolitisch interessanten Aspekt, aus dem ich eigentlich nur den Schluß ziehen kann, daß die Sache nach diesem Experiment genau so stimmt wie vor dem Experiment. Die Deutsche Union hat im Kreis Pirmasens zum Kreistag zum ersten Mal kandidiert. Und bei dieser Kandidatur ergibt sich, daß die Deutsche Union 3,2 % erreicht hat. Ich würde behaupten – die FDP ist mit 4,8 % in dieser Kreisstadt unter der 5 %-Klausel geblieben – dies ist ohne Zweifel mit ein Verdienst der Deutschen Union in diesem Bereich, aber nicht ausschließlich, denn im Nachbarkreis, Kaiserslautern, in dem ebenfalls gewählt wurde, hat die Deutsche Union nicht kandidiert, hat die FDP eine zwar geringere, aber immerhin auch eine nicht unerhebliche Abnahme, die auch dort dazu führte, daß sie unter die 5 %-Klausel fiel. Also wenn jetzt in den Zeitungen möglicherweise in den nächsten Tagen geschrieben wird, damit hätte es sich herausgestellt, daß die Frage des denkbaren Experiments Deutsche Union entschieden sei, würde ich dies aus meiner lokalen Kenntnis bestreiten. Ich bin in der Frage Deutsche Union nach der Wahl genau so schlau wie vor diesem Ergebnis. Gezeigt hat sich nur, und das ist auch eine generelle Feststellung, die ich zum Schluß machen will, überall dort, wo unsere lokalen Repräsentanten „ja“ gesagt haben zu dieser Reform, auch dort, wo es bittere Einbußen gab, haben wir gewonnen. Überall dort, wo unsere lokalen Leute „jein“ gesagt haben, haben wir wesentlich schlechter abgeschnitten. Die Bürger haben das Gefühl gehabt, die CDU spielt mit gezinkten Karten. Selbst Zuschnitte, die manchmal schwierig erklärbar waren, waren eher zu verkraften.

Dann ein letztes. In der Weise, in der wir eklatant – das gibt es auch – im Einzelverband verloren haben, war das überall dort, wo wir etwa in Kampfabstimmungen in

der Fraktion aus parteipolitischen Gründen ein Gebiet zu stark und zu oft berücksichtigt haben. Alles das, was nach Manipulation roch, um ein gutes Ergebnis zu erzielen, das gab jedesmal Rohrkrepiere. Dies läßt sich ganz deutlich über das ganze Land hindurch sagen.

Alles in allem kann ich aus dem Ergebnis nur den Schluß ziehen, daß ich jedem nur raten kann, eine vernünftige und auch mit Opfern verbundene, mit tiefen Eingriffen verbundene Reform der Verwaltungsstruktur anzunehmen, allerdings sich voll und ganz dahinter oder davor zu stellen, um keine Zweifel aufkommen zu lassen.

Köppler: Ich kann es kurz machen. In Aachen ist gewählt worden. In vier neu gebildeten, vergrößerten Landkreisen: Euskirchen, Aachen-Land, Düren und Heinsberg, und in der neuen, größeren kreisfreien Stadt Aachen. Insgesamt fast 800.000 Wahlberechtigte. Wir haben dort unsere Führungsposition, die wir im Herbst 1969, unmittelbar nach der Bundestagswahl, mit dem besten seit 1945 erzielten Kommunalwahlergebnis errungen hatten, voll halten können, ja sogar noch etwas ausbauen können. Wir sind jetzt insgesamt von 53,8 % auf knappe 54 % gekommen. Es hat einige Verschiebungen in den Orten gegeben, die z.T. auch etwas schmerzlich waren. Wir haben in Stolberg eine vorhandene knappe Mehrheit verloren. Wir haben dies aber auch in anderen wieder kompensiert. Insgesamt haben wir das Ergebnis voll halten können. Es ist keineswegs so, wie gestern vom WDR sofort interpretiert wurde, daß wir nur in den noch ländlich strukturierten Gebieten dazu gewonnen haben und in den industriellen Bereichen verloren hätten. Das gleicht sich aus. Der Verlust Stolbergs z. B. industrieller Bereich, ist wettgemacht worden durch einen mehr als überraschenden Erfolg in Übach-Palenberg, eine reine Bergarbeiterstadt. Wir haben insgesamt dort die Position halten können. Für die unterschiedlichen Auswirkungen kann ich mich auf das beziehen, was Helmut Kohl gesagt hat. Der Wahlkampf ist betont kommunalpolitisch geführt worden. Und ausschlaggebend war, in welcher Weise unsere kommunale Repräsentanz dort überzeugend gewirkt hat oder vielleicht doch das ein oder andere Fragezeichen offen ließ.

Wir mußten diesen Wahlkampf führen mit einigen Hypothesen. Erste Hypothek: Die Operation, die schmerzliche Operation Verwaltungsreform²¹, die dort genau so nach dem selben Muster verlaufen ist, wie eben für Rheinland-Pfalz berichtet wurde, konnten wir nicht für uns als Oppositionspartei ausnutzen. Wir haben dieses Gesetz im letzten mitgetragen. Als Mehrheitspartei in den Kommunalbereichen dort mußte auf uns diese Operation eigentlich am negativsten wirken. Wir haben am meisten dabei an Undank natürlich zu verzeichnen gehabt, den wir durch die Großräumigkeit jetzt am Ende verloren haben. Das zweite war, daß sich unsere nordrhein-westfälische SPD-Prominenz und FDP-Prominenz in Baden-Württemberg überhaupt nicht hat sehen lassen, sondern massiert im Aachener Raum versucht hat, das zu einer Testwahl, zumindest für die landespolitische Koalition, auszuschlachten. Das hat sich nicht aus-

21 „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen (Aachen-Gesetz) vom 14. Dezember 1971“, vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A 25. Jg. Nr. 56 vom 21. Dezember 1971 S. 414.

gezahlt. Im Gegenteil: Man kann sehen, wo besonders massiv die SPD-, FDP-Prominenz des Landes sich eingesetzt hat, daß wir eher noch mehr gewonnen haben als in anderen Gebieten. Im übrigen kann ich nur noch mal sagen, die Ostpolitik hat eine Rolle nur am Rande gespielt, insofern hat das allgemeine Klima der baden-württembergischen Wahl natürlich etwas auch in den Aachener Raum hineingespielt, aber das beherrschende Thema war die Kommunalpolitik in ihrer Verflechtung zur Landespolitik, zur Finanzpolitik usw. Und ich glaube, daß wir insgesamt sagen können, wir haben die Position nicht nur gehalten, sondern wir haben auch psychologisch für Nordrhein-Westfalen eine gute Ausgangsposition für weitere Entscheidungen.

Kaltleiter: Ich möchte zunächst auf ein Ergebnis eingehen, was Herr Dr. Kraske gestern abend schon im Fernsehen sagte²², als er nämlich darauf hinwies, daß das Wahlergebnis von Baden-Württemberg, hochgerechnet zu einem Bundestagswahlergebnis, zu einer absoluten Mehrheit von CDU und CSU im Deutschen Bundestag führen würde. Diese Aussage ist richtig. Ich habe das gestern abend kurz vorher Herrn Dr. Kraske vorgerechnet. Man muß das unter zwei Aspekten sehen. Zunächst einmal muß man es im Zusammenhang sehen mit den anderen Ergebnissen der Landtagswahlen. Wenn man sich die Frage stellen würde, fiktiv gesehen, wenn in den nächsten Wochen Bundestagswahlen wären, würde die NPD kandidieren? Oder würde sie, wie in Baden-Württemberg, auf eine Kandidatur verzichten? Im ersten Fall, für den Fall einer Kandidatur der NPD und einer angenommenen Stärke dieser Partei im ganzen Bundesgebiet von etwa 3 % – das ist wohl der Stellenwert, den man einer NPD oder einer Ersatzorganisation, die ein ähnliches Potential anspricht, zumessen kann – kommen wir auf eine Stimmenverteilung von 48,2 % für die CDU, 42,1 % für die SPD und etwa 6,3 % für die FDP. Das bedeutet eine knappe absolute Mehrheit der Mandate, die Annahmen vorausgesetzt. Unterstellen wir, daß die NPD nicht kandidieren würde und es auch keine Ersatzorganisation geben würde wie im Fall von Baden-Württemberg, dann kommen wir auf einen CDU/CSU-Anteil von etwa 49,5 %, einen SPD-Anteil von etwa 43,5 % und einen FDP-Anteil von 6,4 %. Auch das bedeutet ebenfalls eine ganz knappe absolute Mehrheit der Mandate. Hierbei ist noch mal das aufzugreifen, was Ministerpräsident Kohl vorhin sagte und in die aktuellen Überlegungen vielleicht mit eingehen sollte, daß angesichts des bestehenden proportionalen Wahlrechts in der Bundesrepublik bei einem solchen Stimmenvorsprung von ungefähr sechs Prozentpunkten der stärksten Partei vor der zweitstärksten die Mandatsverteilung auch bei einer Neuwahl extrem knapp sein würde, also vielleicht 250:246 oder sogar auch nur 249:247. In diesem Bereich, dies ist ganz deutlich zu sagen, bewegt sich eine potentielle Mandatsverteilung bei Neuwahlen heute. (*Starke Unruhe.*)

Ansonsten kann ich das meiste nur sagen, wie es Ministerpräsident Filbinger formuliert hat. Wir können zunächst eine doppelte Tendenz beobachten. Auf der einen Seite ist bei beiden Parteien, insbesondere bei der CDU, eine verstärkte Position in

22 Kraske äußerte sich bei ARD und ZDF sehr zufrieden über das Wahlergebnis, das „die kühnsten Erwartungen der CDU“ übertroffen habe und als Absage an die Politik von Bundeskanzler Brandt zu betrachten sei (dpa vom 23. April 1972).

den Hochburgen zu beobachten. Diese Tendenz hat sich in einigen Landtagswahlen in den letzten zwei Jahren auch gezeigt. Sie war selten so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg. Ich will im Grunde Ihre These, Herr Ministerpräsident, daß hier sich eine gewisse Totalisierung des gesamten Wahlverhaltens niederschlägt, unterstreichen. Hinzu kommt natürlich bei diesem Aspekt auch die für baden-württembergische Landtagswahlverhältnisse ungewöhnliche hohe Wahlbeteiligung. Es zeigt sich auch deutlich, daß die CDU von dieser relativ hohen Wahlbeteiligung stärker profitiert hat, als das bei den anderen beiden Parteien der Fall war. Interessant ist aber nun, daß die Gewinne der CDU keineswegs ausschließlich in den Hochburgen zu beobachten sind, sondern sie gehen weitgehend gleichmäßig über das ganze Land. Auch in städtischen Gebieten, auch in protestantischen Gebieten sind Erfolge erzielt worden. Wir können also die alte These doppelt formulieren, wir haben einerseits die verstärkte Hochburg, aber auf der anderen Seite hat sich gerade zugunsten der CDU die Divergierungstendenz fortgesetzt, daß sie nämlich in alten Minoritätsgebieten oder in Gebieten, wo sie nicht besonders stark vertreten war, aufgeholt hat und auch dort ein erhebliches Potential heute hat. Insbesondere sind solche relativen Gewinne auch in protestantischen oder ausgesprochen protestantischen Gebieten zu verzeichnen. Die größten Erfolge generell konnte die CDU interessanterweise erzielen in Gebieten, die das größte Wachstum sowohl an Bevölkerung als auch an Wirtschaftspotential in den letzten zehn Jahren erreichten. Das heißt, die Politik der Bundesregierung, die Neuansiedlung in Ballungszentren, hat zu den stärksten Gewinnen der CDU geführt. Es zeigt sich hier erneut, daß Mobilität, Wachstum und Verstärkung der Urbanisierungsgebiete usw. nicht gegen die CDU aussagen, sondern im Gegenteil. Hieraus hat die CDU wie auch in anderen Landtagswahlen Profit ziehen können.

Am unsichersten zeigt sich das Bild bei den Jungwählern, hier werden wir abwarten müssen die Ergebnisse des Statistischen Landesamtes. Die Tendenz, daß die Jungwähler massiert zu einer Partei gegangen sind, ist nicht zu beobachten, ganz im Gegensatz etwa zu den Ergebnissen in Bremen, so daß man mit Sicherheit nicht erwarten könnte, daß die Jungwähler sich für die SPD oder auch für die FDP entschieden haben. Nach den bislang vorliegenden Zahlen, ich wiederhole noch mal, dazu brauchen wir die Sonderaufstellung des Statistischen Landesamtes, werden wir annehmen können, daß die Jungwähler sich weitgehend gleichmäßig entsprechend der übrigen Wähler auf die Parteien verteilt haben.

Das vielleicht auffälligste Ergebnis, oder das zweite auffallende Ergebnis möchte ich etwas näher darlegen. Das ist die Struktur der FDP-Wählerschaft. Ministerpräsident Filbinger hat bereits darauf hingewiesen, daß in der Entwicklung der Vorwahlzeit es eine Zeit gegeben hat, so um Weihnachten herum, Anfang des Jahres, wo die Stärke der FDP bei etwa 6 % oder auch vielleicht knapp darunter angesetzt werden konnte. Schon damals zeigte sich deutlich, daß diese Wählerschaft der FDP nicht mehr bestand aus dem alten, traditionellen Stamm liberaler Wählerschaft, der gerade in Baden-Württemberg bestanden hat, sondern eine neue Wählerschaft war, die schwerpunktmäßig auch in den Großstädten angesiedelt war. Wenn wir uns jetzt anschauen, wie sich das Wahlergebnis heute darstellt, mit fast 9 % FDP-Anteil, dann ist diese FDP

nicht mehr vergleichbar mit der Partei, die vor vier Jahren noch 14,5 % erreichte. Es ist definitiv eine andere Partei. Es ist nicht richtig zu sagen, die FDP habe gegenüber vor vier Jahren etwa 5 % verloren. Richtig ist, daß sie gegenüber vor vier Jahren, etwa 12, vielleicht 13 % verloren hat und 7, 8, 9 Prozente hinzugewonnen hat. Die FDP, die wir heute haben, wir können alle sozialstatistischen Merkmale nehmen, ob Sie Berufsgruppen nehmen, ob Sie Altersgruppen nehmen, Konfession, ganz gleich, was Sie nehmen wollen, ist eine Partei, die in ihrer Zusammensetzung der Wählerschaft der SPD sehr stark angezogen ist. Man kann fast, wenn wir uns die Zahlen anschauen, davon sprechen, daß SPD und FDP hier zu einer Art Schwesterparteien geworden sind, die die gleichen sozialen Gruppen ansprechen. Es sind bestimmte Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlichem Informationsgrad über die internen Entwicklungen innerhalb der SPD, die hier den Ausschlag geben zugunsten von SPD und FDP. Das aber bedeutet zugleich, was ich erstmalig darstellen möchte an den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, daß diese FDP ein gewisses Maß – ein erhebliches Maß – an Stabilisierung und Konsolidierung gewonnen hat. Aber sie hat dabei gewonnen eine Wählerschaft, die in sich labil ist. Das bedeutet zugleich, daß die gleiche FDP, die heute in Baden-Württemberg ein recht ansehnliches Wahlergebnis mit ihren knapp 9 % erzielt hat, morgen in ihrer Existenz wieder gefährdet sein kann. Sie hat sich konsolidiert mit einem Potential von labilen Wählern, um die die FDP und die SPD konkurrieren, und es hängt eben vom aktuellen Erscheinen ab, welche Partei von dieser Wählergruppe schließlich gewählt wird.

Besondere Aufregung hat es ja vor der Landtagswahl gegeben um die Frage, wie sich der Verzicht der Kandidatur der NPD auswirkt. Hier ist das Ergebnis eigentlich erstaunlich. Nehmen wir das gesamte Gebiet von Baden-Württemberg zusammen – selbstverständlich wenn man jeden einzelnen Stimmbezirk durchdiskutiert, wird man widersprüchliche Ergebnisse finden können –, dann spricht alles dafür, daß SPD und z.T. auch FDP, einen größeren Anteil aus der Konkursmasse der NPD bekommen haben als die CDU. Ich habe mir nicht widersprochen. Ich wiederhole, die SPD und die FDP scheinen einen größeren Anteil aus dem NPD-Potential bekommen haben. (*Barzel*: Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen ins Wort falle. Ich habe die herzliche Bitte, daß sie das nachher auf der Pressekonferenz ausführen.) Um das auch für einen etwas Außenstehenden einbringen zu können, habe ich eine vom Computer gezeichnete Tabelle mitgebracht und eben rundgehen lassen. Sie können sich ja einmal die Punkte auf dieser Tabelle ansehen. Es zeigt sich auf der einen Achse der NPD-Anteil, auf der anderen Seite die CDU- und SPD-Anteile, und es zeigt sich auch unbedingt, daß die einzelnen Punkte im Falle der CDU hoffnungslos zerstreut sind. Man kann keinen Zusammenhang sehen, während bei SPD und NPD ein deutlicher Zusammenhang besteht. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) 1968 hatten wir einen hohen NPD-Anteil mit etwa 10 %. Da muß man die Frage stellen, wo ist das geblieben? Wenn ich das CDU-Ergebnis von heute nehme und das NPD-Ergebnis von vor vier Jahren, komme ich auf einen Korrelationskoeffizienten von 0,5. Das ist ein statistisches Maß, (*Zwischenruf*: Können Sie das noch einmal auf Deutsch sagen? – *Heiterkeit.*) das ist ein statistisches Maß, mit dessen Hilfe der Zusammenhang zwischen zwei Variablen gemessen wird.

Wir haben in diesem Fall die NPD und CDU beim Stande von plus 0,5, das ist aber nicht sehr deutlich. Wir haben bei der SPD den gleichen Zusammenhang von plus 0,75. Und wir haben bei der NPD den Zusammenhang von minus 0,67. (*Starke Unruhe.*) Zwischen SPD und NPD existiert also ein viel stärkerer Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis heute und dem NPD-Wahlergebnis vor vier Jahren, während das bei der CDU in deutlich geringerem Umfang der Fall ist. Und das in sämtlichen Wahlkreisen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Dann werden Sie feststellen, daß die Frage der Ostpolitik nach wie vor bei der Bevölkerung höchste Aufmerksamkeit findet und daß sie nach wie vor grundsätzlich positiv beurteilt wird. Interessant ist, daß die Aktualität, die scheinbare Aktualität dieser Ereignisse als Folge der Bundestagsdebatte usw. sich bislang hier nicht niedergeschlagen hat. Auf der anderen Seite muß man aber, wenn man dieses Ergebnis sieht, im Vergleich zu dem tatsächlichen Wahlergebnis, die Hypothese unterstrichen sehen, daß diese Einschätzung der Ostpolitik für das tatsächliche Verhalten der Menschen von geringer Bedeutung ist. Mir scheinen zwei weitere Faktoren von größerer Bedeutung zu sein. Wir stehen in der Bundesrepublik heute vor dem interessanten Ergebnis, daß wir zum ersten Mal, seitdem es solche Zahlen gibt, seit Anfang der 50er Jahre, nun eine Periode von zwei Jahren und etwas mehr als zwei Jahren haben, wo die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten negativ beurteilt werden. Eine derart lange Periode hat es, meines Wissens nach, in dieser Bundesrepublik noch nicht gegeben. Und hier können wir gegenüber dem Herbst und Winter eine gewisse Veränderung feststellen. Wer von Ihnen damals in Berlin dabei war, als wir vor der Fraktion diese Frage diskutiert haben²³, wird sich erinnern, daß ich darauf hingewiesen habe, daß der Faktor Preisstabilität im Herbst rückläufig zu sein schien gegenüber dem Faktor Arbeitslosigkeit. Wir können heute beobachten, daß die Arbeitslosigkeit als Problem praktisch wieder verschwunden ist. Der Faktor Preisstabilität hat an Bedeutung gewonnen hat. Wenn man nun die weitere Frage stellt nach der Leistungsfähigkeit der Partei, so können wir feststellen, daß der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD als Partei, die Preisstabilität, Währungsstabilität und so etwas sichert, gewachsen ist. Die Relation ist hier etwa 2:1 zugunsten der CDU, etwa 40% erwarten das von der CDU/CSU, nur etwa 20% noch von der SPD. Das ist zweifellos der stärkste Faktor, der sich hier niederschlägt.

Es gibt dann einen dritten Punkt, der in den letzten Monaten deutlich an Gewicht gewonnen hat. Und das ist der Bereich der inneren Sicherheit. Hier können wir beobachten, daß ein Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung gewachsen ist, und zwar in einem Umfange, wie es von beiden großen Parteien nicht widergespiegelt wird. Allerdings zeigt sich hier deutlich, daß die nicht ausreichende Vertretung dieses Punktes durch die Regierung für sie wesentlich stärker auf Mißtrauen stößt als für die Opposition. Wenn ich es vielleicht mal im Bilde darstellen darf: Wenn die Position des

23 Zur Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion am 6./7. Dezember 1971 in Berlin vgl. Nr. 20 Anm. 2.

Bürgers etwa dort ist, wo Herr Dr. Barzel sitzt, dann ist die Position in den Augen der Wählerschaft der CDU etwa dort, wo Herr Köppler sitzt, und die Position der SPD vielleicht dort hinten, wo Herr Weiskirch sitzt. Das heißt, der Abstand der SPD zur Position des Bürgers ist etwa doppelt so groß wie die Position der CDU zur Position des Bürgers. Aber hier liegt eigentlich, vom Standpunkt der Wählerschaft her, von beiden Parteien ein nicht ausreichend angesprochenes Problem. (*Zwischenruf:* Die Position oder die Distanz?) Die Distanz ist zwischen der Regierung und dem Bürger größer als zu der Opposition. Andererseits zeigt sich nach wie vor deutlich, daß bei der CDU ein sichtbarer Sympathieanstieg nicht zu beobachten ist. Der Glaube an eine Interessenvertretung der CDU ist nur bei wenigen Gruppen ausgeprägt, hier insbesondere Beamte, Zeitangestellte und Landwirtschaft und der unternehmerische Bereich, während die quantitativ bedeutenden Gruppen hier nach wie vor die größere Zuversicht der SPD und FDP gegenüber bringen.

Ein letztes, was insbesondere für Baden-Württemberg erwähnt werden muß, ist, daß diese Wahl, wie natürlich verschiedene Landtagswahlen und Bundestagswahlen vorher auch, in dem Duell der Spitzenkandidaten bestanden hat. Und hier sollte vielleicht auch darauf hingewiesen werden, daß die Einschätzung von Ministerpräsident Filbinger im Vergleich zu Herrn Krause eine Relation von etwa 3:1 hatte, und daß diese Relation wesentlich größer ist als die Relation des CDU-Vorsitzenden zum Bundeskanzler, die wesentlich geringer ist.

Barzel: Vielen Dank, Professor Kaltefleiter. Damit sind die Berichte alle erstattet. Ich hoffe, noch ist keiner erschöpft, jetzt fängt es erst an. Ich würde gerne gleich auf den Punkt kommen und erst in der zweiten Abteilung Fragen über die Wahlanalyse an Herrn Kaltefleiter und die anderen Herren richten. Zunächst zum Punkt, den eigentlich Herr Kohl in Ergänzung meines Berichts vorgetragen hat. Das heißt, wie geht das Leben weiter, ohne daß wir der Fraktion irgendwie vorgreifen. Ich glaube, das ist das wichtige.

Amrehn: Ist es vielleicht doch möglich, ehe man zu einer Entscheidung dieser wichtigen Frage kommt, einige Fragen an Herrn Kaltefleiter zu stellen, weil es mir scheint, daß man diese Kenntnis auch besitzen muß, um sie nachher in eine politische Entscheidung einzubeziehen.

Barzel: Ich bin gerne einverstanden. Ich kann nur sagen, es gibt einen Punkt, zu dem Professor Kaltefleiter nichts sagen kann, nämlich zu dem Terror, der nun beginnt, was immer wir machen. Entweder beginnt ein 15monatiger Terror der Regierung, die Wahl zu gewinnen, oder es beginnt ein Terror, wenn wir die Regierung gewechselt haben. Das alles ist unberechenbar.

Amrehn: Auf weitere oder kürzere Sicht wird ja die Frage der Neuwahlen sich uns immer wieder stellen. Und deswegen schien mir bedeutsam, was Herr Professor Kaltefleiter zu Anfang sagte über den Ausgang von Bundestagswahlen, wenn wir das gestrige Ergebnis zugrunde legen. Mein Frage an ihn ist jetzt folgende: Ist bei dem mutmaßlichen Bundeswählerfolg, den wir haben könnten, auch berücksichtigt, daß das Land Baden-Württemberg einen stärkeren konservativen Charakter trägt als andere Gebiete? Zweitens, ist berücksichtigt, daß in den Städten der Zuwachs der SPD, so-

weit die Ergebnisse in den Städten in der „Welt“²⁴ heute veröffentlicht sind, erheblich stärker gewesen ist als der Zuwachs der CDU? Und drittens, hat unsere Quote 3:1 übertragen auf das Bundesverhältnis nun auch schon ihren Niederschlag gefunden in 250 Mandaten für die CDU und 246 für die SPD und FDP? (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Filbinger: Ich habe zu dieser Frage, wie soll es in Zukunft weitergehen, eine kleine Bemerkung zu machen. Ich würde meinen – zwar bin ich kein Experte, sondern einer, der jetzt aus dem Wahlkampf kommt und die Dinge sehr stark aus der Kampfsituation betrachtet –, daß die CDU bei den Ostverträgen ihre eigene Position und die der Bundesregierung noch nicht voll hat ausschöpfen können. Das heißt, die Schwäche der Bundesregierung und die potenzielle Stärke, die wir drin haben. Bislang laufen die Wasser noch unentwegt auf die Mühlen der Bundesregierung. Ich meine aber, vom Kern der Dinge her betrachtet, zu Unrecht. Denn wenn man unter dem neuen Aspekt, den wir gewonnen haben – bestärkt durch die Protokolle –, die Dinge betrachtet, dann müßte es möglich sein, auch über die Transmission der öffentlichen Meinungsmedien, die uns ja bisher eine Art Kartellsperre entgegengesetzt haben, unsere Gedanken und unsere Sicht der Dinge noch stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen, als das in der Bundestagsdebatte der Fall gewesen ist. Je nachdem, wie die Dinge jetzt verlaufen mit den Ostverträgen.

Ich stelle da zwei oder drei Stadien fest. Erstes Stadium: Vor der Debatte im Deutschen Bundestag gingen die Dinge überwiegend negativ zu Lasten der CDU. Der Friedenskanzler, der Nobelpreis, die Verträge, die Zustimmung des Auslandes zu dieser Politik. Zweite Phase: Andeutung einer Wende oder Vollzug einer Wende durch die Bundestagsdebatte, wo plötzlich die Bevölkerung in drei Tagen konfrontiert worden ist mit Argumenten, die sie überraschenderweise viel beachtenswerter fand, als sie vorher durch die öffentliche Berieselungspropaganda klargemacht worden ist. Dritte Phase: Das Stadium in der Baden-Württemberg-Wahl, bei den Osterspaziergängen von West nach Ost, Rückfall der Position der CDU in eine Lage, die ungünstiger war als unmittelbar nach dem Abschluß der Bundestagsdebatte trotz der Verlautbarung der Protokolle. Ich würde aber meinen, daß, wenn nun die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU insgesamt voll ausschöpfen kann, was wir von den Protokollen wissen, als Substanz erklärbar ist, nämlich ein im Grunde inhaltlicher Rahmenfahrplan unserer Bundesregierung, dann müßte es gelingen, dem deutschen Volke beizubringen, was diese Verträge sind. Da ist die Äußerung von Bahr gegenüber Gromyko und auch die Tatsache, daß Grenzverzichtsverträge geschlossen worden sind, und nicht, wie die Bundesregierung erklärt hat, Gewaltverzichtsverträge. Da ist einfach die Unwahrheit gesagt worden vor dem deutschen Volke. Dies klarzulegen, müßte eigentlich wirken wie eine Bombe in Deutschland. Da ist ein zweites Faktum, daß Herr Scheel sich gegenüber dem sowjetischen Vertragspartner benommen hat wie der Schüler gegenüber dem Präzeptor. Herr Scheel hat darauf hingewiesen, dieser Halbsatz, der müsse weg, nicht deshalb, weil das notwendig wäre, sondern weil darauf das Bundes-

24 Vgl. „Die Welt“ vom 24. April 1972.

verfassungsgericht bestünde, mit dem man auf andere Weise nicht zu Rande käme. Und dann dagegen der Präzeptor: „Kein Komma, der wird beendet und damit basta!“ Herr Scheel war still. Warum soll es uns nicht gelingen, diese im Grunde unwürdige und kompliziertere Art der Verhandlungsführung unserer deutschen Seite, dem deutschen Volk so klar zu machen, daß auch die derzeit schlechte Position der CDU in bezug auf die Ostverträge sich ändert? Wenn das gelänge, soweit das gelingt, würde ich meinen, daß die Ausgangsposition, die vorhin von Professor Kaltefleiter zu unserer jetzigen ostpolitischen Baisse, die noch besteht, prognostiziert worden ist, sich ändert, ob sich da nicht eine Wende abzeichnet und ob die nicht von Bedeutung sein würde für alles, was noch kommt, Neuwahlen oder konstruktives Mißtrauensvotum.

Lemke: Meine Meinung ist, daß wir zugreifen müssen, wenn wir die Regierung stellen können, wenn in den nächsten Wochen also der günstige Augenblick kommt. Ich weiß auch nicht, ob wir 1973 eine günstigere Position haben. Was mich bedrückt, ist die Bemerkung, die Professor Kaltefleiter zu den Ostverträgen machte. Ich war in den ganzen vergangenen Wochen und durch diese Wahl – die kann ich nicht so gut analysieren wie Sie – eigentlich darin bestärkt, daß doch darin auch eine Zustimmung zu unserer außenpolitischen Haltung läge, bei diesen 53 %. Nachdem, was Filbinger eben gesagt hat, möchte ich mich seiner Argumentation wegen der Kürze der Zeit anschließen. Ich meine auch, wenn wir alles ausschöpfen, was zu unseren Gunsten bezüglich unserer Haltung zu den Ostverträgen spricht, daß wir dann wirklich dieses Ruder herumwerfen können. Ich schließe mich da dem Gedanken von Filbinger an. Aber zum Punkt 1, ich würde dringend raten zuzuschlagen, weil der Schaden für Deutschland viel größer wird, wenn die Leute weiter an der Regierung bleiben.

Hahn: Vielleicht ganz kurz eine Bemerkung noch zu unserer Wahl hier, da wird das Ganze noch vielleicht noch aufschlußreicher. Ich glaube, daß eine sehr große Rolle die Äußerung der Jusos, überhaupt die Machtergreifung der Jusos in der SPD gespielt hat²⁵. Deshalb (*Zwischenruf:* Lauter bitte!): Gehen Sie alle zur Wahl, es geht um Ihre Existenz. Das zweite ist, daß eine unglaubliche Distanz, eine unglaubliche Polarisierung eingetreten ist. Also das vorher Unvorstellbare an Polarisierung, aber auch so, daß in der letzten Nacht unsere sämtlichen Plakate überklebt worden sind, CDU mit Hakenkreuz. Man sieht es überall, in der ganzen Stadt. Das ist ganz typisch. Aber auf der anderen Seite war es auch so, daß unsere Leute in einer Weise aufgewacht sind, und zwar auch junge Leute, wie es vor vier Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Das ist also eine Sache, über die man reden sollte. Und drittens bin ich doch der Meinung, daß die Protokolle eine unglaubliche Unsicherheit auf der anderen Seite gebracht haben. (*Strauß:* Das war schon ein gezielter Schuß.)

Blüm: Ich kann es relativ kurz machen. Ich will nämlich nur auf einen Aspekt hinweisen, von dem ich meine, daß er in unseren Überlegungen nicht zu kurz kommen sollte. Wenn ich das richtig sehe, ist die Welle der öffentlichen Erregung, die diese Regierung gegen uns auch in den Betrieben erzeugt hat, nicht angekommen. Ich glaube, diese Holzfällerappelle da, um Holzlen usw., haben ihren Adressaten nicht erreicht,

25 „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 16. März 1972 „Jusos bekennen sich klar zur SPD“.

jedenfalls stimmungsmäßig nicht erreicht. Nun kann daraus nicht geschlossen werden, daß in den Betrieben und Gewerkschaften nun eine uneingeschränkt freundliche Haltung an die Stelle der früheren feindlichen Einstellung getreten ist, sondern ich würde eher die Lage in den Betrieben als eine labile bezeichnen, was immer noch besser ist als ein ablehnende. Die ersten Betriebsratswahlergebnisse zeigen, daß unsere Position stärker ist, als viele geglaubt haben, und daß unsere positiven Erwartungen voll und ganz eingetreten sind. Der Grund dafür liegt in einem sichtbaren Erosionsprozeß auf der Gegenseite. Ein Erosionsprozeß, von dem ich glaube, daß er hauptsächlich ausgelöst wurde durch die Wirtschaftspolitik dieser Regierung. Es trifft den Mann im Betrieb nichts so sehr als der Schaden an der eigenen Lohntüte. Und das halte ich für den Vorzug der Betriebspolitik, daß sie immer sehr praxisorientiert ist, und daß sie sich eben nicht von großen Worten vernebeln läßt. Ich glaube, daß die vielen taktischen Fehler, die beispielsweise der DGB-Vorsitzenden Vetter in Sachen Müller in den letzten Wochen gemacht hat²⁶, unter anderem auf eine aufgeregte Kopflosigkeit zurückzuführen sind. Seine Fehler sind nämlich keineswegs nur auf unserer Seite bemerkt worden, sondern auch bei handlungsfähigen Sozialdemokraten.

Nun ist die Frage, welches Interesse wir haben. Ich meine, wir hätten kein Interesse, daß dieser Erosionsprozeß gestoppt wird, auch unter langfristigen Aspekt. Und deshalb sollten wir nichts tun, durch kurzfristige Solidarisierung diesen Auflösungsprozeß zu stoppen. Ich meine schon, daß die Regierung alles Interesse darauf verwenden wird, Dolchstoßlegenden zur Hand zu haben, mit denen sie eben diesen Auflösungsprozeß bei ihren Kunden stoppen kann. Lieber Herr Kohl, ich glaube zwar auch, daß man auf einen Zug, der in den Bahnhof fährt, aufspringen muß und daß man in der Politik nicht immer den Zeitplan in der Hand hat, sondern sich nach dem Fahrplan richten muß, auch nach einem von anderen gestellten Fahrplan. Nur sollte man bei der ganzen Überlegung im Auge behalten, mit Betrieben und Gewerkschaften überlegen, ob man jetzt in den Bahnhof fährt. Nicht gleich im Personenzug, sondern im D-Zug zu etwas späterer Zeit. Deshalb sollten wir fragen, in welchen Zug man einsteigt. Ich fürchte, der Zug, der jetzt kommt, ist ein sehr langsamer Zug.

Barzel: Ich entnehme dem Bericht von Herrn Blüm z. B. folgendes: Ich frage mich immer, und das ist ja eine Frage, die Herr Bahr öffentlich aufgeworfen hat, ob ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland von organisierten Kräften

26 Adolf Müller war als Nachfolger Bernhard Tackes für das Amt des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden im Gespräch. In einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ vom 10. April 1972 forderte Vetter Müller auf, im Bundestag den Ostverträgen zuzustimmen, da der DGB sich in einem einstimmigen Beschluß für deren Ratifizierung ausgesprochen hatte. Auf dem vom 25. bis 30. Juni 1972 in Berlin stattfindenden 9. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB wurde Maria Weber anstelle Müllers, der vom DGB-Bundesvorstand nicht vorgeschlagen wurde, gewählt. Vgl. FAZ vom 10. April 1972 „Vetter rechnet mit Stimmen der CDU für die Ostverträge“ sowie Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 10. April 1972 mit Kritik an Veters Äußerungen. Zur Debatte um die Amtsnachfolge Müllers FAZ vom 10. Juni 1972 „Katzer hält an Müller fest“; „Welt der Arbeit“ vom 16. Juni 1972 „Gerangel vor dem Kongreß“; „Bonner Rundschau“ vom 20. Juni 1972 „Der zweite Mann wird eine Frau“.

überhaupt noch zugelassen wird. Und nach der Schilderung, die Herr Blüm gibt, ist dies keine Landschaft, in der irgend jemand wagen kann, auf den Knopf Generalstreik zu drücken. Das ist das wichtige an der Erklärung von Herrn Blüm. Das ist wichtig zu wissen. Wir wissen ja alle, in welcher Welt wir uns befinden. Oder ist das jemandem nicht klar?

Katzer: Wenn ich mal dazwischenrufe! Das Wahlergebnis Baden-Württemberg mit 53 % zeigt doch, daß der Aufruf der Gewerkschaften in der Wahlphase schon nicht zum Zuge gekommen ist. Das alleine ist ein wichtiger Punkt, den wir auch sagen.

Barzel: Gut, alle Züge sollten fahren. Aber wie die sind, wissen Sie, jetzt will ich Ihnen mal eines sagen, wenn Sie mit im Bahnhof sind hier, mit unserem Freund Kohl, und es kommt einer und Sie sagen, die Abteile sind nicht genug gelüftet, ja, es kann sein, daß Sie auf dem Bahnsteig stehen bleiben, für lange Zeit. Und sich die Finger abfrieren.

Katzer: Es kann sein, daß danach ein guter Zug kommt.

Barzel: Ja, der einen überfährt.

Von Weizsäcker: Ich möchte zunächst zu den Punkten, die Herr Filbinger und andere hier vorgetragen haben – wegen der Meinung der Bevölkerung zu den Ostverträgen – zweierlei sagen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, es fehlt der Bevölkerung überhaupt nicht an Einsicht darüber, daß die Regierung sozusagen an allem schuld ist, was die heutige ostpolitische Situation ausmacht, daß schlecht verhandelt worden ist, die Ergebnisse schlecht sind, die Protokolle die Unglaubwürdigkeit erweisen. Das alles ist wirklich hinreichend etabliert. Die einzige Sorge, die die Bevölkerung wirklich umtreibt, ist nicht eine bessere Kenntnis über die Regierung, sondern eine bessere Beruhigung, was wir jetzt mit der nun einmal geschaffenen Lage anzufangen in der Lage sind.

Von diesem Ausgangspunkt her müssen wir auf die Alternative, die Helmut Kohl geschildert hat, reagieren: zugreifen oder warten. Prinzipiell, finde ich, gibt es da keine Alternative. Prinzipiell ist die Alternative zugreifen oder warten zu beantworten mit zugreifen. Helmut Kohl hat dann weiter gesagt, wann. Das können wir hier im einzelnen nicht diskutieren, das ist natürlich auch richtig. Wir müssen nur bei der Frage, ob das in wenigen Tagen oder in etwas mehr Tagen erfolgt, im Hinblick auf meine erste Bemerkung meiner Meinung nach von der folgenden Kenntnis vieler unserer Freunde in der Welt ausgehen: Wir haben ostpolitisch argumentiert unter dem Vorwurf, es ginge uns nicht um Ostpolitik, sondern um die Macht. Wir haben darauf geantwortet, es geht uns zwar immer um die Macht, aber in der Ostpolitik geht es uns um die Ostpolitik um ihrer selbst willen. Es wäre für uns viel bequemer, wenn wir uns in der Ostpolitik nicht so prinzipiell in die Schlacht geworfen hätten.

Heute haben wir ein Bündnis von nicht wenigen Leuten, auf die es uns ankommen muß, Verbündete, es ließen sich sehr prägnante Beispiele aus jüngster Zeit dafür nennen, diejenigen Leute in der Presse, die immerhin gesagt haben, es kommt in erster Linie auf die Regierung an, die führt, die uns führt. Und es kommt nicht so sehr auf die Texte an. Viele Freunde von uns im anderen Teil Deutschlands, und ich kann nur sagen, viele Wähler in Baden-Württemberg sagen uns: „Ja, wir glauben Euch schon,

daß Ihr für die Ostpolitik um ihrer selbst willen argumentiert, aber das, was wir von Euch in erster Linie wollen, ist, daß Ihr die Macht ergreift; aber wir wollen nicht in erster Linie, daß Ihr die Ostpolitik bekämpft.“ Ich will die Folgerung daraus jetzt nicht ziehen, Herr Kohl, sondern ich will nur sagen zu Ihrer These, prinzipiell zugreifen – ja! Zu Ihrer Frage, wann, können wir hier nicht diskutieren, auch ja! Ein Bundesvorstand kann so was nicht entscheiden, zumal ja die Fraktion und nicht die CDU im Parlament sitzt. Aber bei den Überlegungen hat dies mit eine Rolle zu spielen, daß viele unserer Freunde vor allem daran interessiert sind, daß wir die Regierungsverantwortung übernehmen, diese aber in einem Umfeld übernehmen, in dem die Beweise unserer eigenen ostpolitischen Potenz in der Bevölkerung noch etwas deutlicher sind als heute. Welche Methode das bedeutet in bezug auf die Termine des 4. Mai²⁷, das diskutiere ich hier ausdrücklich nicht.

Barzel: Da kann ich nur eines dazu sagen. Ich habe in meinem sehr kurzen Bericht ausdrücklich gesagt, daß alles, was die Opposition zu den verschiedenen Sachfragen, einschließlich zur Ostpolitik, bisher gesagt hat, gilt. Und das bedeutet eben, wenn die Regierung sich weigert, diese Politik des mehr Herausholens gemeinsam zu machen, dann muß man eben einen anderen Weg versuchen. Das kann nicht bedeuten, daß für den Fall, daß es einen Wechsel gibt, wir plötzlich eine Position einnehmen, wir wollen überhaupt keine Verträge, oder all die Bedingungen, die wir genannt haben, gelten nicht mehr. Es gilt bei uns, was wir auch gesagt haben, aufs Wort, ob es sich um die Bauern handelt, um die Rentner handelt, um den Beteiligungslohn, ob es sich handelt um die Außenpolitik. Sonst hat es überhaupt keinen Zweck.

Gradt: Herr Vorsitzender, ich kann nicht beurteilen, welcher Termin für uns günstiger sein kann. 1973, sofern wir überhaupt die Möglichkeit haben, solange zu warten, das hängt ja nicht nur von uns ab, oder jetzt. Aber wenn jetzt, dann bin ich der Meinung, daß man zu handeln versuchen muß, ehe die Verträge zur Entscheidung stehen. Sonst schaffen andere Kräfte, die wir nicht kennen, Ärgernisse, die dann von der Bevölkerung zu einem guten Zeitpunkt uns angelastet werden. Dies möchte ich korrigierend zum Kollegen Filbinger sagen. Das, was die Leute gegen uns einnimmt in dieser Frage der Ostverträge, das sind nicht die Interpretationen – das ist alles gar nicht so schlimm –, sondern die Frage, die die Leute beschäftigt, ist, was wird, wenn nicht. Und dies hätten wir ja vor der Öffentlichkeit zu verantworten, wenn diese Verträge nicht zustandekommen. Und mit dieser Situation muß man sich auseinandersetzen. Und wenn man sie durchdenkt – ich will das hier gar nicht als *Advocatus Diaboli* im einzelnen beschreiben, was da möglich ist – dann kommt man zwingend zu dem Ergebnis, wenn jetzt, dann vorher. Wobei ich also auch an das denke, was der Vorsitzende in seinem kurzen Bericht gesagt hat. Die schwierigste Situation wäre in der Tat, daß man die Verantwortung nach den gescheiterten Verträgen übernehmen muß.

Letzte Bemerkung. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden, ob wir alle – denn das ist das wichtigste eigentlich – in der Auseinandersetzung um die Verträge,

²⁷ Am 4. Mai 1972 fanden statt Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion, der CSU-Landesgruppe, der Kommission „innerdeutsche Normalisierung“ (vgl. GRAU S. 308–312).

wenn sie nicht vertagt werden, zu dem stehen, was der Vorsitzende seinerzeit in der Bundestagsdebatte formuliert hat: So nicht. Es darf da, nach meiner Meinung, wenn wir die Auseinandersetzung bestehen wollen und insbesondere wenn wir ganz schnell gefordert sind, nicht dazu kommen, daß der Eindruck entsteht, da gibt es zwei Richtungen. Die eine sagt, so nicht. Und die andere sagt oder meint, überhaupt nicht. (*Barzel*: Oder nie!) Wenn nämlich dieser Eindruck entstünde, dann würden wir nach meiner Auffassung eine falsche Politik machen und Kräfte gegen uns aufbringen, denen wir die andere Position, so sie ist, durchaus einsichtig machen können.

Barzel: Jetzt Herr Kraske für das Kommuniké.

Kraske: Ich glaube, es liegt nicht in unserem Interesse, die Presse unnötig warten zu lassen. Darf ich Ihnen deshalb vorlesen, was wir als Presseerklärung verteilen wollen: „Der Bundesvorstand der CDU trat unter Vorsitz von Dr. Rainer Barzel im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Für die CSU nahmen deren Vorsitzender Franz Josef Strauß, Richard Stücklen und Gerold Tandler teil. Dr. Barzel beglückwünschte Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, er dankte allen am Wahlkampf Beteiligten, insbesondere den beiden Ehrenvorsitzenden, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, für ihren Einsatz. Der Bundesvorstand stellt einstimmig fest: Die CDU hat gestern in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und im Aachener Raum Wahlerfolge erzielt, die eine überzeugende Bestätigung ihrer Politik darstellen. Die CDU dankt ihren Wählern für ihr Vertrauen. Das hervorragende Wahlergebnis in Baden-Württemberg ist ein Erfolg des Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, seiner Mannschaft und seiner Politik. Es ist aber zugleich ein Vertrauensbeweis für die Gesamtpolitik der Unionsparteien. Im Verlauf des Wahlkampfes hat die Linke alles getan, um die Landtagswahl zu einem bundespolitischen Votum zu machen. Sie hat dieses von ihr geforderte Votum weder für ihre Politik im ganzen noch für ihre Ostpolitik im besonderen erhalten. Der eigentliche Verlierer der Wahl ist daher Bundeskanzler Brandt. Die Unionsparteien haben in allen elf Landtagswahlen seit 1969 erheblich an Stimmen gewonnen. Dies beweist, daß die Mehrheit in unserem Lande endlich zu einer Politik der Stabilität und Solidität zurückkehren will, wie sie nur von der CDU/CSU verbürgt werden kann.“

Stoltenberg: Ich würde nicht sagen „zurückkehren“, sondern daß sie eine Politik will.

Kraske: „Zurückkehren“ soll doch einfach heißen, daß es die zwanzig Jahre gab und es jetzt ein Interregnum von 2½ Jahren ohne dies gab.

Strauß: Gemeint ist, daß sie von den in Bonn Regierenden die Rückkehr erwartet. Ganz gleich, wie die ausschauen wird. Das ist doch gemeint.

Barzel: Gut. Ich glaube, der politische Gehalt ist in Ordnung. Mit den Punkten und Kommas, das weiß, glaube ich, Herr Kraske selber.

Amrehn: Wenn das nicht schon abgezogen ist, würde ich nicht nur sagen „einen überzeugenden Erfolg, sondern „den bisher größten Erfolg“.

Kraske: Herr Amrehn, ich werde Herrn Kaltefleiter der Presse mit vorstellen und gerade über diesen Teil der Sache wird er sehr ausführlich über dieses Kommuniké hinaus berichten.

Strauß: Ich darf an das anknüpfen, was Kollege Gradl mit Recht gesagt hat. Aber ich glaube, hier gibt es keine Sorge oder keinen Anlaß zu einer Sorge. Ich wüßte niemanden in den Reihen der CDU/CSU, der grundsätzlich Verhandlungen mit kommunistischen Regierungen ausschließen und den Abschluß von Verträgen mit ihnen, etwa aus weltanschaulicher Prinzipientreue, radikal oder überhaupt ablehnen würde. Ich darf daran erinnern, daß die letzte Bundesregierung, in der allerdings Brandt eine perfide Rolle gespielt hat, bereit war, mit der Sowjetunion und mit anderen kommunistisch regierten Staaten, sogar mit dem anderen Teil Deutschlands, was eine besonders schwierige ... (*Zwischenruf:* Mit den Machthabern.) ja, mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands – was eine besonders schwierige Umstellung oder Anpassung oder Entschlußfassung erforderte – in Verhandlungen einzutreten, die im großen und ganzen zu Abschlüssen in zwei Punkten führen sollten. Das eine war ein Gewaltverzicht. Das andere war wissenschaftlich-technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich möchte jedenfalls für mich, falls ich am Rande irgendwie gemeint gewesen sein sollte, ausdrücklich sagen, daß ich diese Politik Kiesingers in vollem Umfang unterstützt habe, niemals ein Jota davon abgewichen bin und mich auch heute und in Zukunft zu ihr bekenne. Ein wie schlechtes Gewissen diese Regierung hat, geht ja daraus hervor, daß zwar Brandt in unzähligen Reden in Baden-Württemberg, soweit die Zeitungsberichte oder Tonbandaufnahmen es wiedergeben, immer wieder von einem Gewaltverzicht gesprochen hat, den die CDU/CSU nicht haben will, und dann hinten noch schnell angefügt hat, ein in der Unantastbarkeit der Grenzen ausgedrückter Gewaltverzicht. Da beginnt ja dann der Bruch, wo über den Gewaltverzicht hinaus ein Rückzug vor dem Machtanspruch des Kommunismus angetreten wird usw. Ich mache aus meiner Meinung darüber – obwohl das ja keine Debatte über Ostverträge ist, aber sie spielen natürlich hier herein – keinen Hehl, daß wir zu Verhandlungen und zu Verträgen bereit sind, auch mit der ehrlichen Absicht, zu Abschlüssen zu kommen, obwohl das Erzielen von Abschlüssen jetzt schwieriger ist, als es bei ungebrochener Fortsetzung unserer Politik im Herbst 1969 ohne jeden Zweifel möglich gewesen wäre. Und zwar deshalb möglich gewesen wäre, weil, ohne hier in Einzelheiten zu gehen zu wollen, man doch sagen kann, daß die Sowjets ganz massive Gründe haben, um zu Verträgen zu kommen, so wie sie von der alten Bundesregierung auch angestrebt worden sind. Die haben ganz massive Gründe! Die wissen ganz genau, warum sie diese Verträge wollen. Nur ist jetzt ein Berg von Schutt dazwischen angehäuft worden, den wir erst wieder beiseite räumen müssen, um wieder zu dem zurückzukehren, was im Herbst 1969 gar nicht mehr allzu schwierig erschien.

Ich möchte noch in einem zweiten Punkt keinen Hehl aus meiner Meinung machen. Verträge in unserer Hand – ich weiß, das Wort könnte jetzt mißverstanden werden, ich bitte Sie, es nicht mißzuverstehen oder negativ auszulegen – müssen Waffen im Kampf gegen den Machtanspruch des Kommunismus sein, und nicht Appeasement-Instrumente. Mir hat Herr Ehmke seinerzeit, am Montag nach diesem Treffen in Bonn, am Sonntag im August 1970²⁸, gesagt auf meine bohrende Frage, was ist denn die Ratio

28 Am Sonntag, dem 9. August 1970, fand die Unterrichtung führender Vertreter der Opposi-

dieser Verträge? Da nannte er, welche Vorteile er in den Verträgen sieht, also nicht den Schmarrn, der da jetzt mit Besucherabkommen usw. verlaublich wird: Ulbricht verliert die Sperrfunktion, die Sowjets verlieren ihr Disziplinierungsinstrument, und wir können mit den Russen, wir können mit den Polen, Tschechen usw. unter den Augen der russischen Überwachung trotzdem in engsten Kontakt kommen. Da sagte ich: „Ja, was streben Sie an?“ Am Ende sagte mir Ehmke damals wörtlich, ich habe nie davon Gebrauch gemacht, weil es in der öffentlichen Debatte nicht verwendet werden darf, was man einem unter vier Augen sagt: „Wir werden einen Zustand erreichen, in dem die Mitglieder des Warschauer Paktes dasselbe Ausmaß an politischer Freiheit erhalten, wie es heute die Bundesrepublik hat.“ So Ehmke mir gegenüber. Das heißt, er sah es auch unter diesem Gesichtspunkt, man braucht darüber nicht zu reden.

Wir wissen um die schwierige Rolle – weil uns der Westen aus verständlichen Gründen im Stich gelassen hat –, den Westen wieder heranzubringen und die Gegenposition in Europa auszubauen, weil der große Kampf der Kräfte um die Zukunft in dieser Welt ja nicht vorbei ist, es sei denn, daß die Sowjetunion eine konservative Macht geworden ist, die bereits in den Herbst ihres Daseins eingetreten ist und allmählich nach dem biologischen Wachstums- und Ablaufprozeß nie mehr dem Winter entgegenseht, was dann eine Haltung hervorruft, der Greis will alles behalten, was er einmal erworben hat, um das abzusichern. Ich glaube das nicht, habe immer eine andere Meinung vertreten. Aber das ist dann die Geschichte, die dahinter steckt. Davor muß die Geschichte stecken, Herr Kollege Gradl, verhandeln ja, Verträge ja, aber wir haben ja Zeit. Uns bläst doch der Wind nicht ins Gesicht. Mit Berlin, das ist ja eine Sache *sui generis*, die diese dilettantische Regierung hereingezogen hat in ein Junktim. Jetzt ist dies die Sache der Westmächte, der Engländer, der Amerikaner. Die Franzosen werden auch zähneknirschend, was Herrn Schumann anbetrifft, dabei mitmachen müssen, das Berlin-Abkommen als eine Sache für sich selbst zu betrachten, bei der beide Seiten nach Geben und Nehmen gehandelt haben. Die Falschheit des Junktims lag doch darin, daß man so getan hat, als ob die Russen im Berlin-Abkommen nur gegeben hätten, weshalb wir in den Ostverträgen unsererseits dann geben müßten, um das Geben oder Nehmen herzustellen. Das Junktim in Berlin liegt im Geben und Nehmen innerhalb des Rahmens des Berlin-Abkommens. Unabhängig davon sind dann, jedenfalls nach meiner Ansicht und nach vieler Leute Ansicht, die anderen Verträge zu bewerten. Aber da müssen wir hin, Gewaltverzicht und kein Grenzvertrag, Kooperation bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Das ist der Clinch, den wir brauchen, um uns zu messen mit denen, aber ohne ihnen auch nur den Finger zu reichen für ein permanentes Interventionsrecht, mit dem sie unsere Politik und auch noch die Politik des Westens – das geht ja weiter über Sicherheitskonferenzen usw. hinaus – beeinflussen können. Das entspricht ja nur der klassischen Politik der CDU/CSU, die man

tion durch Brandt und Scheel über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen, vgl. „Die Welt“ vom 8. August 1970 „Nach der Rückkehr aus Moskau ein heißes Wochenende in Bonn“; „Welt am Sonntag“ vom 9. August 1970 „Opposition: Keine Verfassungsklage gegen Ost-Vertrag“.

nicht messen kann daran, ob sie in 20 Jahren große Erfolge erzielt hat. Wir haben große Erfolge erzielt, bloß sind die so selbstverständlich, daß man sie allmählich vergessen hat, weshalb man sie wieder aufs Spiel zu setzen begonnen hat.

Nächster und letzter Punkt: Wann zugreifen? Ja, wenn wir es uns aussuchen könnten, würde ich sagen im September 1973. Aber man kann ja das Rauschen des Mantels der Geschichte nicht bestellen. Wenn man das so bestellen könnte wie im Theater das Echo! Daß man auf einen Knopf drückt und dann rauscht's, da kommt der Blitz und der Donner dahinter her, danach stellt man es wieder ab, wenn man es nicht mehr brauchen kann. Das ist eben das. Mir wäre es viel lieber, wir könnten die wirtschaftlichen und finanziellen Fehlentwicklungen, die von dieser Regierung eingeleitet worden sind, noch bis zum Herbst 1973 sich weiter kumulieren lassen und dann wählen. Aber gerade jetzt, wo diese Landtagswahl in Baden-Württemberg den Schlußstein geliefert hat, oder den Schlußstrich gezogen hat, der unseren Gegnern beweist, daß die Mehrheit im Volke gegen sie steht, werden wir nicht erreichen, daß die andere Seite auch auf den Wahlkampf verzichtet, durch Nichtstun, einfach durch Auflaufenlassen, normalen Fortgang der Politik. Da wird dann beim Haushalt gerauft, bei den Ostverträgen gerauft, die werden ihre Haushalte mit knappster Mehrheit dann durchbringen, vielleicht mit Ausnahme dessen von Eppler.

Die andere Seite wird mit dem Wahlkampf anfangen, sobald sie durch den Haushalt und die Verträge durch ist. Wir kämpfen und werden dann erleben dieses Trommelfeuer, das wir erlebt haben, von Rundfunk und Fernsehen, des größten Teiles der Publizistik, darüber müßte man sich eigens unterhalten, sonst kommt man in zu viele Einzelheiten hinein. Dann natürlich wird der DGB, die Publikations- und sonstigen Einflußmöglichkeiten, dann werden natürlich die Kräfte im Ausland, (*Zwischenruf*: Die Wirtschaft nicht vergessen!), ich komm schon drauf, und zwar im westlichen Ausland, im befreundeten und im neutralen Ausland sich eine Atempause im Ring verschaffen wollen, indem sie den Preis aus dem Fell der Deutschen schneiden. Genauso, was würden wir sagen, sollen wir für die Herstellung der polnischen Ostgrenze vom Jahr 1921 uns politisch engagieren oder sollen wir uns nicht besser mit der kurzen Linie abfinden? Dasselbe jetzt übertragen auf uns Franzosen, Engländer, Holländer, Belgier usw. – bei den Amerikanern ist es noch am besten und bei den Engländern – was geht denn uns die Oder-Neiße-Linie an, was geht denn uns die Wiedervereinigung an?

Ich habe den Tag vor der letzten Wahlversammlung benutzt, um mit einem Mann, der uns publizistisch im Ausland viel geholfen hat, zu sprechen, mit Fred Luchsinger. Mit dem habe ich in Zürich zu Mittag gegessen, und wir waren uns völlig einig über die Ostpolitik, obwohl die „Neue Zürcher“ manchmal wieder Ausfälle gegen uns macht. Aber er erläuterte mir die Schweizer Denkweise, er, der die meisten Argumente geliefert hat, er, der ganz genau einsieht, was die Ostverträge, die Ausdehnung der Sowjetmacht an den Rhein und an den Atlantik auf lange Sicht im historischen Kontext bedeuten. Luchsinger ist ein tief gebildeter, historisch profund denkender Mann, das ist ein Mann, wie wir ihn leider in der deutschen Publizistik fast nicht haben, dem Typ nach, wenn man die Oberflächlichkeit der Schreiber bei uns – mit wenigen Ausnahmen – sieht. Aber er sagte: „Kommt uns ja nicht“ – obwohl die Schweiz nicht im Kriege

war mit uns und nicht von uns besetzt war – „mit Eurem Anspruch auf Wiedervereinigung, und kommt uns ja nicht mit Eurer Oder-Neiße-Linie.“ Da sage ich dann: „Herr Luchsinger, das können wir nicht trennen.“ Ich bin sicherlich kein Fanatiker auf diesem Gebiet gewesen, siehe meine Rede vom März 1958²⁹, damals Freiheit vor staatlicher Einheit. Wir würden wegen der Oder-Neiße-Linie, was natürlich mit Heimatvertriebenen eine besondere Problematik bedeutet, etwa hier einen Mobilisierungsbefehl vorbereiten oder etwas Ähnliches. Aber wenn wir das Ausland mobilisieren können, ist es die Frage des sowjetischen Einflusses, der Unterstützung der sowjetischen Machenschaften mit permanenten Interventionsmöglichkeiten. Da kommt das hoch, und dagegen haben wir natürlich die Stimme des Auslandes. Auch dann wird die sowjetische Kampagne weitergehen. Sie wird aber bis zum Herbst 1973 nicht so weitergehen, daß sie immer wieder mit Krieg und Frieden drohen, sondern die können sich eine ganze Reihe von Maßnahmen erlauben, ohne ein erhöhtes Risiko zu laufen. Sie können es sich erlauben, das Besuchsalter für Rentner von 62 auf 60 oder auf 55 zu senken. Dann bleiben ein paar mehr hier, aber deswegen stürzt der Staat drüben auch nicht um. Denn wer will schon mit 55 Jahren, wenn die Kinder und seine Wohnung daheim sind und wenn er wieder hier in dieser Leistungsgesellschaft von vorn anfangen muß am Ende seines berufsfähigen Lebens, sich da ohne weiteres verpflanzen lassen? Erschrecken Sie nicht über das, was ich sage, darum habe ich immer den Punkt zwar stark betont, aber dann wieder aufgehört. Die können es sich sogar erlauben, den Schießbefehl aufzuheben. Das wäre einer der dramatischsten Akzente. Wer die Verhältnisse an der Zonengrenze heute kennt, der weiß, daß dort die Sicherungsmaßnahmen so dicht sind, daß auch ohne Schießen kaum ein Hund, kaum ein Karnickel durchkommt. Das stellen die Jäger heute schon auf beiden Seiten fest. Was ist dann, wenn 300 im Jahr mehr überlaufen und wirklich durchkommen, wenn auf sie nicht geschossen wird? Dann haben wir doch die Humanität, dann heißt es doch, welch großartige Erfolge hat diese Politik zuwege gebracht, weil wir Deutschen ja ein total verkümmertes historisches Denken haben.

Letzte Bemerkung dazu: Das ist der Erosionsprozeß der SPD, der zur Zeit vor sich geht. Wir hatten gestern den Jungsozialistenkongreß in Bayern, also der bayerischen SPD, wo ja infolge der Entscheidung in München die Fronten am stärksten gegeneinanderstehen. Kein Ton mehr von seiten der Jungsozialisten gegen Herrn Hans-Jochen Vogel, kein Ton mehr gegen das Godesberger Programm. Die gehen jetzt, nachdem sie die Macht in München errungen haben, in Nürnberg weitgehend in der Hand haben, in Franken, den Weg durch die Institutionen der Partei ohne Fanfarenstöße und Kampfaufrufe, um nicht die Einheit der Partei zu gefährden. Leider spricht nichts dafür, daß der Kampf der Jungsozialisten gegen die Godesberger Programm-Sozialisten bis zum Herbst 1973 sich so verschärfen wird, daß daraus dann die Spaltung dieser Partei oder die Erosion dieser Partei für uns sichtbare oder todsichere Wahlchancen

²⁹ Redebeitrag von Strauß in der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU (BT-Drs. 230) und die Große Anfrage der FDP (BT-Drs. 238) am 20. März 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP 18. Sitzung S. 861–881, hier S. 862.

liefert. Im Gegenteil, wir müssen damit rechnen, daß die Mehrheiten in den Aufstellungsgremien lautlos und ohne marxistische Kampfpapieren und Klassenkampf-Fanfaren für die Aufstellung von linksradikalen Kandidaten sorgen wird, so vom Typ Schöfberger³⁰ in München. In Stuttgart gibt es die gleichen Typen und in Mainz und in Bremen. Und dann finden wir uns wieder mit einer allmählich verkümmernenden Godesberger SPD, die sozusagen an Schwindsucht leidet, die so allmählich an Auszehrung langsam dahinstirbt, weil die Machtpositionen in der Partei von der alten Linken und den jungen Linken – das ist das bezeichnende – besetzt werden. Durch das Wahlschimpfblatt der Jusos in Baden-Württemberg war die Hälfte meiner Wahlrede gegeben: „Wir Jungsozialisten haben gemeinsam mit den Altsozialisten eine Machtposition erkämpft, an der die SPD nicht mehr vorbei gehen kann.“³¹ (*Barzel*: Na, so zerbricht sie nicht, die Mehrheit ist ja schon gewechselt.) Denn hier gibt es nicht diese wichtige Diskussion zwischen den Generationen, wie wir sie in der CDU/CSU selbstverständlich haben. Hier sind die ins Parteimuseum abgestellten marxistischen Langbarträger mit der Ballonmütze wieder rausgeholt worden und verbündet sich heute mit den Jungsozialisten. Darum glaube ich nicht, daß dieser Erosionsprozeß weitergehen wird. Herr Kollege Katzer, wobei weder Sie recht haben noch ich, kann man auch umgekehrt argumentieren, wie fast immer bei solchen Überlegungen. Die SPD hat jetzt einen Rückschlag in Baden-Württemberg erlitten, was ja trotz ihrer prozentualen Zunahme ein Rückschlag für sie ist; das Wahlergebnis von 1964 muß man zugrunde legen, nicht das von 1968. Wenn die SPD jetzt in Bonn scheitert und ihre Regierungsunfähigkeit, ausgedrückt im Unwillen der Bevölkerung, öffentlich dokumentiert wird, können wir erwarten, daß innerhalb der SPD der Klärungsprozeß ausbricht, der Kampf der beiden verschiedenen Richtungen, die ja miteinander weniger zu tun haben, als heute die Godesberger SPD mit der CDU gemeinsam hat. Darum ist das Argument sowohl so als auch so zu gebrauchen.

Bei den Ostverträgen hoffe ich, daß ein Ende insoweit erreicht wird, also ja oder nein, daß sie nicht zustandekommen. Ich bin nicht der Meinung, mit einem Augenzwinkern sie durchlaufen lassen, und dann sind wir glücklich drüber, dann haben wir es los, dann haben wir das hinter uns, die anderen haben die Schmutzarbeit gemacht, und wir können uns die Hände in Unschuld waschen und weiterhin auf die schimpfen, die uns gezwungen haben, nach dem Grundsatz *pacta sunt servanda* zu handeln usw. Also ein wenig ehrliches Verfahren, wenn es auch in der Politik nicht neu ist. Ich bin der Meinung, daß die größte Verwirrung unter unseren eigenen Reihen und potentiellen Wähler angestellt worden ist durch die Massenmedien – die Methoden kennen wir. Die Unsicherheit in unseren eigenen Reihen ist z. T. durch eine permanente Spaltungs-

30 Dr. Rudolf Schöfberger (geb. 1935), Jurist; 1959 SPD, 1966–1972 MdL Bayern, 1967–1970 Regierungsassessor bzw. Regierungsrat bei der Regierung von Oberbayern, 1970 Vorsitzender der bayerischen Jusos, 1972–1976 Vorsitzender der SPD München, 1972–1994 MdB, 1985–1991 Vorsitzender der SPD Bayern.

31 CDU-Bundesgeschäftsstelle Informationen für den Wahlkampf in Baden-Württemberg Nr. 25 vom 11. April 1972 (ACDP Dokumentation 9/912) sowie Anzeige der „Bürger-Aktion 72“ in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 20. April 1972.

kampagne von seiten der Publizistik und unsere politischen Gegner verstärkt worden. Herr Barzel konnte keine Rede halten, die konnte noch so scharf in der Ablehnung münden, daß es nicht am Schluß hieß, man hätte dort zwischen den Zeilen neue Akzente entdeckt, das Wort „so nicht“ hieße ja „doch so nicht, jetzt aber so sicherlich später“, spätestens wenn er auf diesem oder jenem Wege dran sei. Man konnte doch immer wieder, wenn man diese tägliche Übersicht des Bundespresseinformationsamtes gelesen hat – Kommentare, Leitartikel, Deutungsversuche, Reden über die Haltung der CDU/CSU –, daß nur ein kleiner Haufen von Ultras in der CDU das Nein erzwingt, während die Mehrheit – gezwungen, die Parteieinheit zu bewahren – gegen ihren eigentlichen Instinkt, gegen ihren Wunsch, gegen ihren Willen, gegen ihre eigenen heiligsten Gefühle sozusagen vergewaltigt wird und mit halben Herzen das Nein usw. mitmacht. Ich darf nebenbei erwähnen, daß wir in Zukunft auch überlegen müssen, wenn von unserer Seite mal ein hartes Wort fällt, dann sollte es nicht gleich von ewigen Stilpflegern innerparteilichen Attacken gebraucht werden. Ich habe im Februar 1970 Herrn Bahr einen dilettantischen Amateurdiplomaten genannt in der Öffentlichkeit in einer Rede in Bayern.³² Das hat dazu geführt, daß mir der Herr Echternach nicht nur einen privaten Brief geschrieben hat – das kann er, ist sein gutes Recht, wenn er anderer Meinung ist –, sondern daß er diesen Brief der Presse übergeben hat und dann also kam: „Junge Union distanziert sich.“³³ Ich habe damals noch meine mildeste Meinung über Herrn Bahr zum Ausdruck gebracht, (*Heiterkeit*.) die ich glaubte, damals der Öffentlichkeit zumuten zu können, meine wirkliche habe ich noch gar nicht gesagt. Oder wenn man sagt, daß unsere Haltung zum Berlin-Abkommen und zu den Ostverträgen ein Akt deutsch-nationaler Kraftmeierei sei, dann darf man sich nicht wundern darüber, wenn die andere Seite daraus ihren Vorteil zieht. Ziehen wir die Lehren daraus. Ich will nicht nachtreten, das war die letzte Bemerkung, aber in Zukunft bitte so nicht mehr.

Barzel: Ich möchte eine geschäftsleitende Bemerkung machen: Ich würde es dankbar begrüßen, wenn wir das Essen für kurz vor 14.00 Uhr bestellen könnten, wenn das möglich ist, damit wir sobald wie möglich fertig werden. Ich muß dann spätestens weg, weil natürlich drüben alle möglichen Arbeiten warten. Ich habe jetzt noch drei, sechs Wortmeldungen und nehme an, daß damit auch die Rednerliste geschlossen sein kann.

Köpler: Ich glaube, es hat bis jetzt noch niemand für die Alternative 1 unter den fünf gesprochen. Ich glaube, daß sie ausscheidet. Herr Strauß hat die Risiken aufgezeigt, die aus der Aktivität und der Nutzung der Möglichkeiten der Gegenseite bis 1973 für uns auftauchen können. Ich würde einen Punkt hinzufügen: Wenn wir jetzt so tun, als sei nichts los und vertagen auf 1973, dann kommt hinzu, daß wir selber als der

32 Rede von Strauß beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Vilshofen, vgl. „Münchener Merkur“ vom 12. Februar 1970 „Bahr ein ‚Amateurdiplomata‘“; „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 12. Februar 1970 „Strauß greift Bahr heftig an“.

33 Die Kritik Echternachs an Strauß war Thema der politischen Aussprache auf der Bundesvorstandssitzung der Jungen Union am 21. Februar 1970, vgl. Protokoll der Sitzung in ACDP 04–007–040/1. Vgl. auch „Die Welt“ vom 20. März 1970 „Junge Union Bayern kritisiert Echternach“.

Papiertiger da stehen, den die anderen uns bisher schon anhängen wollten. Ich glaube, das scheidet aus. Ich meine nur, eines muß deutlich werden, wenn man zum Angriff übergeht, deutlicher noch, als es jetzt auf der Bonner Szene bisher war: Wir dürfen nicht vergessen, daß der Stimmungsgewinn von Baden-Württemberg und aus anderen Landtagswahlergebnissen sich in der Bonner Szenerie noch nicht niedergeschlagen hat. Es müßte also nach meiner Auffassung eine Abstimmungsniederlage der Regierung in einem relativ wichtigen Punkt dem Angriff von uns vorhergehen. Ich meine, es wäre besser, wir würden diese Szene schaffen in einem innerpolitischen Punkt, der deutlich macht, daß hier nicht eine Dolchstoßverschwörung in Sachen Außenpolitik stattgefunden hat, sondern daß die Unfähigkeit, über die Runden zu kommen, mit dieser Regierung sich in jeder politischen Frage, im Haushalt dieser Woche, offen dargetan hat. Dann haben wir erst die psychologischen Voraussetzungen, um den riskanten Weg eines konstruktiven Mißtrauensvotums zu gehen.

Die Frage mit den Neuwahlen ist relativ akademisch für uns, denn nach der Verfassungslage sind wir hier nicht am Zug. Da sind die anderen zunächst einmal dran. Wir würden praktisch, wenn wir uns daraufhin orientieren würden, den anderen das Gesetz des Handelns überlassen, und sie würden dann doch wahrscheinlich über die Runden kommen. Ich meine also, wir sollten nicht versuchen, den Angriff ohne artilleristische Vorbereitungen zu starten. Dazu ist die Sache, glaube ich, doch zu riskant. Aber die artilleristische Vorbereitung müßte darin bestehen, daß zuvor, vor aller Augen, in einer wichtigen Frage und nicht nur in einer Zufallsfrage diese Bundesregierung vorwiegend auf innenpolitischem Gebiet verliert. Dann kann man nachstürmen.

Barzel: Ich darf an der Stelle ein Wort dazu sagen, weil wir in meinem Bericht soweit nicht gegangen sind, wie jetzt die Diskussion geht. Wir müssen daran denken, daß Gradls Argument den Ausschlag gibt. Wenn, dann vor den Verträgen, denn ein paar Stimmen, will ich jetzt mal sagen, aus dem Hause mich haben wissen lassen: „Erspar uns diese Abstimmung“. Und jetzt kommen wir in die Lage dieser Woche. Da gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich am Mittwoch den Kanzlerhaushalt abzulehnen. Dies ist eine offene Abstimmung mit allen Möglichkeiten der Manipulation, der Anwesenheit usw. Und wenn wir dann erst uns entschließen, nachdem wir einen Erfolg gehabt haben, wird es frühestens Freitag, weil ein Mißtrauensvotum schriftlich eingebracht sein und 48 Stunden verteilt sein muß, bevor es abgestimmt werden kann. (*Zwischenruf:* Wobei der Tag der Verteilung nicht zählt.) Das heißt, wenn wir Dienstagabend beschließen in der Fraktion, könnten wir erst Freitag darüber abstimmen lassen. Zwischendurch haben wir ohnehin schreckliche Debatten und Tage, die nicht zum Ruhm des Parlamentarismus beitragen werden. Aber wenn das Arbeitsziel erreicht werden soll, muß eben in dieser Woche was gemacht werden. Und nun frage ich mich, Herr Köppler, und ich bin in dieser Frage auch im Präsidium gestern und heute wirklich sehr zurückhaltend, weil ich ja weiß, was vor uns stehen könnte, was ist, wenn wir gewinnen, und was auch vor uns stehen könnte, wenn wir nicht durchkommen. Wenn wir das alles bewerten, dann sollten wir heute eine Begründung finden – das muß die Fraktion machen –, die einfach sagt, hier ist eine Lage entstanden, in der wir eine Konsequenz ziehen müssen, weil es sehr viel fairer, entschlossener, überzeugter klingt als alles an-

dere. Das war eine weit verbreitete Meinung auch heute morgen. Ich wollte nur diese technische Sache eigentlich dazu sagen, es ist sehr kompliziert.

Dregger: Aus den bereits dargelegten Gründen bin ich auch der Meinung, daß wir die Lage nutzen müssen. Wenn eine Vorbereitung möglich wäre, wie Herr Köppler sie angedeutet hat, dann wäre es gut. Aber nach Ihren Darlegungen scheint das nicht der Fall zu sein. Es ist wichtig, daß nicht unsere Machtgier, sondern die Unfähigkeit der Regierung zu regieren der Grund eines Wechsels ist. Ich möchte nur dem Vorsitzenden die Option offen halten, wenn sich eine Chance böte, jetzt zu Neuwahlen zu kommen ...

[Lücke im Tonband]

Langguth: Die Bundesregierung hat im Wahlkampf mit massivem Einsatz von Bundesmitteln gearbeitet. Aber ich glaube, das betrifft nicht nur Baden-Württemberg, auch darauf muß man in aller Kürze hinweisen.

Was ich immer wieder erlebt habe, auch das scheint mir nicht unwichtig zu sein, ist, daß die Mitarbeiter der CDU ganz schlecht informiert sind. Es müßte also besseres Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden, daß die CDU deutlicher herausstellt, welche politischen Alternativen sie aufweist. Ein weiterer Punkt: Ich glaube, es wäre wichtig, eine spezielle Analyse zu machen über den Stil von Bundeskanzler Brandt. Ich glaube, da fehlt es an vernünftigen Material. (*Barzel:* Sehr wichtig, sehr wichtig!) Ein allerletzter Punkt: Wenn man durch ein konstruktives Mißtrauensvotum die Regierung zum Sturz bringen könnte, dann müßte auf alle Fälle meines Erachtens versucht werden, daß man dann im Herbst des Jahres zu Neuwahlen kommt. Ich glaube nicht, daß man dann bis zum Ende der Legislaturperiode das machen müßte. (*Zwischenruf:* Wie?) Wenn es irgendwie theoretisch möglich sein sollte, daß man mit diesem Ziel darauf hinarbeitet, Sturz der Regierung durch konstruktives Mißtrauensvotum, aber dann, weil man ja dann die Regierung stellt, sofort Neuwahlen anstrebt. (*Zwischenruf:* Das ist verfassungsmäßig nicht möglich. – *Starke Unruhe und Diskussion.*) Auf jeden Fall halte ich es für atmosphärisch ausgesprochen ungut, wenn man dann erst im nächsten Jahr diese Neuwahlen machen müßte. Welche Möglichkeiten existieren, weiß ich nicht im einzelnen. (*Strauß:* Es gibt nur eine!)

Lorenz: Liebe Freunde, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich ein paar Worte auch als Landesvorsitzender der Berliner CDU hier sage. Es ist natürlich, daß meine Landsleute – und da kann die Berliner CDU insgesamt nicht ausgenommen werden – tief unglücklich und unruhig sind über die Entwicklung, die, entgegen unserer ständigen Mahnung und Warnung, die Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Vier-Mächte-Abkommens in der Weise (*Unruhe.*) unterstützt hat, wie das jetzt der Fall ist. Das gilt auch für diejenigen, die nicht nur über die Ostverträge unglücklich sind, sondern auch für die, wie das ja bei der Mehrheit der von uns Vertretenen der Fall ist, die keineswegs der Auffassung sind, daß etwa nach der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens hier in Berlin³⁴ das Paradies auf Erden anbricht, sondern im Gegenteil auch gro-

34 Am 3. September 1971. Text im Internet: <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593845/page/0>. Vgl. auch Nr. 9 Anm. 59.

ße Nachteile entstehen denen, die das Berlin-Abkommen eben nicht kennen. Aber ich möchte sagen, daß die meisten doch der Auffassung sind, daß, selbst wenn es einer CDU/CSU-Regierung gelänge, durch neue Verhandlungen verbesserte Ostverträge hervorzubringen, man vermutlich das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin nicht durch neue Verhandlungen verbessern kann – das ist meines Erachtens doch eine realistische Einschätzung –, sondern, daß man höchstens durch eine entsprechende Entwicklung der Machtverhältnisse in Europa auch die Nachteile des Vier-Mächte-Abkommens von Berlin abwenden kann. Man wird es aber in seiner Substanz, in seinem Text, nicht ändern können. Aus dem Grunde möchten eigentlich alle, auch die Vertreter unserer Partei, daß die CDU/CSU alles ihr Mögliche tut, um bei der Verhandlung der Ostverträge das Berlin-Abkommen, das Vier-Mächte-Abkommen von Berlin, nicht in Gefahr zu bringen. Ich möchte bei der Gelegenheit folgendes sagen: Wenn man einmal abzieht die perfide Ausnutzung durch Propaganda in bezug auf die Osterbesuche und wenn man auch die ganzen Nachteile sieht, die das Berlin-Abkommen bringt, so bleibt es gleichwohl eine große Sache und von den Menschen Berlins natürlich gewünscht, daß sie die Möglichkeit eine möglichst lange Zeit in der Zukunft behalten wollen, mit Verwandten und Freunden des umgebenden Gebietes zusammenzukommen und für eine möglichst lange Zeit auf den Zufahrtswegen Besserung zu erreichen, auch wenn sie nach § 16 widerruflich sind und auch wenn die Besuchsmöglichkeiten rationiert sind.

Ich fasse zusammen: Alle Leute, die unserer Meinung sind in bezug auf die Gefährlichkeit der Ostverträge, möchten gern – und das möchte, glaube ich, auch die Mehrheit der Berliner CDU –, daß die Dinge so behutsam wie möglich in die Hand genommen werden, um Nachteile von Berlin abzuwenden. Und damit komme ich logisch auch zu dem Ergebnis, daß nach meiner Auffassung, wenn es eine Möglichkeit des Regierungswechsels gibt, diese Möglichkeit jetzt ergriffen werden muß, nämlich bevor über die Verträge von Moskau und Warschau im Deutschen Bundestag abgestimmt wird. Denn, wenn erst abgestimmt wird – und nach unserer Auffassung sollen sie ja dann zu Fall gebracht werden – dann würde man also keinerlei Möglichkeiten mehr haben, irgend eine Art der Verhandlungspolitik zu betreiben, die Schaden von Berlin in diesem Zusammenhang abwenden kann. Deshalb ist meine zusammenfassende Meinung, daß man, wenn sich die Gelegenheit ergibt, die Gelegenheit ergreifen muß, jetzt einen Regierungswechsel erreichen zu können.

Barzel: Herr Lorenz, darf ich zur Sache gleich eines sagen? Ich bin dankbar für Ihre Erklärung. Wir haben hier nicht ausgeführt, was der Kollege Schröder neulich in der Fraktion und auch ich in der Fraktion gesagt haben.³⁵ Wir haben in der letzten Erklärung am Mittwoch der vorvergangenen Woche, als wir noch mal zusammentraten, uns durchgerungen zu sagen: „Wir sind auch zu einer europäischen Sicherheitskonferenz bereit.“³⁶ Das fiel uns schwer. Aber wir wollten dies auf den Tisch legen, um hier die

35 Protokoll der Fraktionssitzung vom 13. April 1972 in ACDP 08–001–1029/1.

36 Vgl. Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13. April 1972 zur Billigung einer Fünf-Punkte-Erklärung.

Position, was das Berlin-Abkommen betrifft, zu erhalten. Wir sehen uns da auf dem Wege, den Sie andeuten.

Hasselmann: Zum Problem der Ostpolitik kann eigentlich nur derjenige etwas sagen, der sich täglich mit den Dingen beschäftigt. Ein Votum dieses Vorstands, Herr Dr. Barzel, für Sie in der Fraktion, halte ich praktisch für nicht möglich zu geben. Das muß die Fraktion entscheiden aus der Situation, vor die sie sich gestellt sieht, wenn sie klarer die Situation beurteilen kann. Ich möchte keinen Hehl aus meiner Ansicht machen aufgrund sehr scharfer Beobachtungen zu diesem Thema. Nicht nur die Tatsache des schlechten Wetters an Ostern, das Nicht-Spazieren-Gehen-Können, sondern das ständige Schauen in den Fernsehapparat hat eine Veränderung in der Bevölkerung bezüglich des Ja oder Neins mit sich gebracht, sondern die in der Tat auch in unserem Freundeskreis größer werdende Unsicherheit, was bedeutet ein Nein? Das ist nicht ganz einfach. Im baden-württembergischen Wahlkampf, in verschiedensten Veranstaltungen ein bißchen provozierend, waren die Fragen der Diskussion, was ist schlimmer, ja oder nein? Das zu beantworten ist der Zugzwang, in den wir uns hineinmanövriert haben. Und dann hieß es: „Ja, aber nicht mit dieser Regierung, sondern bei Euch“ und dann ist die Praktizierung der Verträge mit einer Regierung, die die CDU stellt, etwas ganz anderes als jetzt, wenn diese Regierung ein Ja bekäme. Es hieß gestern im Laufe des Abends in der niedersächsischen CDU vermehrt nach dem Wahlsieg in Baden-Württemberg: „Wenn Ihr die Regierung stellen könntet, dann stellt sie, aber am Tage danach muß der neue Außenminister nach Moskau fahren.“ Und dann muß er Veränderungen versuchen, vielleicht hier und da, damit das nicht schiefgeht. Aber gegen die Verträge bei dieser Regierung und für die Verträge bei unserer Regierung, diese Stimmung scheint in Niedersachsen vorhanden zu sein. Wenn ich morgen wählen müßte bei uns, Herr Dr. Dregger, habe ich das Gefühl, daß wir nicht die Mehrheit bekommen, wenn dieses Thema Ostverträge in Niedersachsen wäre. Sorgfältig überdacht darf ich Ihnen sagen, ich hätte nicht gerne eine Neuwahl in den nächsten Wochen, weil die Stimmung in der Bevölkerung mit Mehrheit dann nicht auf unserer Seite ist, wenn die Regierung geschickt das Thema Ostverträge in den Mittelpunkt stellt. Und was werden die sonst versuchen, in den Mittelpunkt zu stellen?

In der Frage Berlin-Regelung habe ich gegen meinen Bischof gesprochen³⁷, das war ja nicht so ganz einfach. Aber sein Votum kam, weil er drüben war und von drüben die Bevölkerungsstimmung mitbrachte, ich muß das so offen sagen. Deshalb müssen wir sicherlich mit allergrößter Behutsamkeit, eben wegen einer Neuwahl jetzt, vorgehen. Ich würde lieber sehen, wenn es einen Weg gäbe, der uns zu einem Ja führte, damit die Verträge vom Tisch kommen, auch bei uns. Daß sie so in diesem Text nicht bleiben können, das mag sein, das kann ich überhaupt nicht sehen. Wer wagt eigentlich, das

37 Dr. Eduard Lohse (geb. 1924), Theologe; 1956–1984 Professor für Neues Testament in Kiel, 1964–1971 in Göttingen, 1971–1988 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, 1979–1985 Ratsvorsitzender der EKD. – Vgl. epd Nr. 64 vom 30. März 1972 „25 prominente Protestanten für Ratifizierung der Ostverträge. Wortlaut der evangelischen Theologen und Laien“; FAZ vom 1. April 1972 „Hasselmann: Mißbrauch bischöflicher Autorität“.

richtig zu sehen, außer Ihnen, die Sie sich täglich in ihrem Kreis damit beschäftigen? Draußen wird ja genauso dilettantisch über dieses Für und Wider diskutiert wie hier im Haus, das den Vorwurf Herrn Bahr machte und seinem Hofsänger, Herrn Scheel. Ja, er ist der Hofsänger von Herrn Bahr! Das ist erschreckend, ich bin in Baden-Württemberg erst einmal mit ihm zusammengestoßen, mit Scheel, da hat er seine Ostpolitik verkauft. Die CDU sollte ruhig sagen, der hat überhaupt noch keine Ostpolitik gemacht. Im übrigen hoffe ich, daß das, was bei Herrn Lenz passiert ist³⁸, nicht das letzte ist, bevor wir uns entscheiden, so daß auch deshalb der Vorstand heute eigentlich keine definitive, letztgültige Empfehlung aussprechen kann, sondern die Entscheidung Ihnen in der Fraktion überlassen muß, in der stillen Hoffnung, daß es noch zu Änderungen kommt. Und, meine Damen und Herren, wir können doch unserem Vorsitzenden nicht zumuten, daß er sich zur Verfügung stellt und nicht weiß, wie es ausgeht. Wir können ihm doch nicht zumuten, wieder auf die Nase zu fallen, damit die anderen mit Hohnlachen durch das Land ziehen, „Der Barzel-Versuch ist gescheitert“, und wir uns den Vorwurf machen müssen, wir haben ihm dazu geraten. Die Situation müssen wir in den nächsten Tagen ventilieren, und dann können wir uns auf Ihre Entscheidung verlassen.

Barzel: Aber wir können das nicht hier besprechen. Wir sind in einer Lage, in der wir nicht ganz frei sind, wenn – ich wiederhole dies – es die Gewissensüberzeugung von uns allen ist, daß das Vertragswerk, so wie es da liegt, nicht in Kraft treten darf und wenn sich dann bei uns Stimmen melden: „Nehmt es vorher weg!“ Ich muß Ihnen sagen, es ist immer noch ein Risiko, dann müssen wir auch dieses kleine Risiko gehen, falls unsere Überzeugung stimmt. Ich würde es für ganz falsch halten, jetzt einen taktischen Ausweg zu suchen, in den Ausschüssen nicht fertig zu werden, erst mal zu sehen, was hier wird und so. Ich kam, als ich sah, daß die Sache gesichert ist.

Amrehn: Der Vorstand kann und wird heute keinen Beschluß fassen. Aber ich glaube doch, daß der Vorsitzende sich aus der Diskussion ein Bild machen kann und muß, wie weit also sein eigenes Gewissen mit gewissen Bewegungsmöglichkeiten und Spielräumen der politischen Entscheidung gehen könnte. Letztlich ist er es und einige wenige, die Dr. von Weizsäcker erwähnt hat, die sich fragen und die Frage beantworten müssen, ob sie in dieser wirklich ungewöhnlich schwierigen Situation, wie wir vielleicht noch keine gehabt haben, glauben, Verantwortung voll übernehmen zu können. Dabei werden wir sie nicht nur mit Diskussionsbeiträgen, sondern gegebenenfalls auch aktiv zu unterstützen haben.

Hasselmann hat sicher recht, wenn er sagt, die Verträge in der Hand einer CDU-Regierung sind immer noch besser als in der Hand einer SPD-Regierung. Aber ich

38 Der Rechtsausschuß hatte am 14. April 1972 mit der Mehrheit der SPD/FDP-Abgeordneten nach dem Moskauer auch dem Warschauer Vertrag zugestimmt. Lenz wurde von Abgeordneten der CDU/CSU telegrafisch gebeten, eine Sitzung des Rechtsausschusses einzuberufen, nachdem sich durch Veröffentlichungen von Protokollauszügen der Verhandlungen neue Erkenntnisse ergeben hätten. Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 20. April 1972.

halte diese ganze Erwägung deshalb für falsch, weil Verträge, die auch eine CDU-Regierung dann zu halten hätte, den Sowjets ein Instrument mit Pressionshebel in die Hand geben, dem sich die CDU-Regierung gar nicht mehr entziehen könnte. Da sind Rechte und politischer Einfluß verbrieft, dem sich auch eine CDU-Regierung nicht entziehen könnte. Und aus diesem Grund möchte ich ausdrücklich der schon mehrfach geäußerten Ansicht zustimmen, eine Entscheidung vor den Verträgen ist wichtig. Es hat nämlich auch noch den großen Vorzug, auf den noch niemand hingewiesen hat, daß wir nicht nur um eine Entscheidung in dieser Frage jetzt herum kommen, sondern daß ein Aussetzen der Entscheidung eine geringere Brüskierung für die Sowjetunion ist als eine ausdrückliche Ablehnung, und uns wiederum etwas Handlungsspielraum, vielleicht auch Verhandlungsspielraum – nicht auf der Stelle, aber in etwas späterer Zeit – gibt.

Wenn man also meint, daß dieses bisher höchste Wahlergebnis, das wir erzielt haben, das von der Bundesregierung ja herbeigeführt worden ist unter dem Wahlkampfthema der Ostpolitik, genutzt werden muß, dann muß allerdings auch wirklich schnell gehandelt werden. Im Jahre 1973 ist dieses Ergebnis völlig vergessen, und ich frage mich, ob wir dann überhaupt noch die Möglichkeit haben, wieder zurückzukehren an die Regierung. Ich gehe einfach davon aus, daß bei Annahme der Verträge, wenn wir jetzt nichts tun, jedenfalls nicht auszuschließen ist, daß die Regierung Brandt für die nächsten 1 ½ Jahre einen ganz ungewöhnlich guten Ausgangspunkt für die Wahlen bekommt, weil die Russen alles tun werden, um die Wirkung der Verträge in den Augen der Bevölkerung als besonders günstig erscheinen zu lassen. Die Berlin-Regelung wird in der großzügigsten Weise ausgelegt, die Besuche in der Zone werden zunehmen, und es wird eine solche starke Stimmung in die Bevölkerung kommen, allein von daher, daß sie den Mann an der Regierung halten wird. Lehnen wir aber ab bei einer SPD-Regierung, sollte es dazu kommen, dann ist leider diese Brüskierung der Sowjetunion da, und es wird zu Neuwahlen wieder unter einer neuen Angst-Psychose kommen, die in den sechs bis acht Wochen vor Neuwahlen, mit Sicherheit unter Mobilisierung der Betriebe bis zu einem gewissen Grade, stattfinden wird. Ich fürchte also, daß wir, wenn wir jetzt diesen Notausgang nutzen, im nächsten Jahr voraussichtlich schwerere Bedingungen haben als heute. Damit machen wir die Risiken nicht kleiner, die heute bestehen und die jeder sehen muß.

Und dann möchte ich noch mit einem Schritt mehr ins Detail gehen, weil Herr Köppler gesagt hat, wir sollten das erst wagen nach einer anderen Abstimmungs-niederlage. Ich bin da nicht sicher, ob es dann bei dem zweiten Male noch klappt bei einer befürchteten Niederlage, sagen wir mal beispielsweise beim Kanzlerhaushalt, was der Kanzler ja riecht, das Fingerspitzengefühl hat er. Dann wird er natürlich mit seinem Kanzlerhaushalt auch die Vertrauensfrage verbinden. Und dann wird offen abgestimmt über Vertrauen, nämlich in Verbindung mit einer Sachfrage. Und dann müssen sie wieder alle miteinander für ihn stimmen und dann haben wir am Mittwoch ein Vertrauensvotum, und Sie können doch nicht denken, daß wir am Freitag dann ein Mißtrauensvotum machen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Aber es hat ja noch keiner von uns eine völlig festgefügte Meinung, das muß man doch noch mal durchdenken.

Ich sage nur, wenn er mit dem Kanzlerhaushalt die Vertrauensfrage verbindet, könnte eine weitere Abstimmung problematisch sein. Genau auf diesen Gesichtspunkt will ich noch mal hingewiesen haben, so daß das Ergebnis nun lauten müßte, vor allen Sachlichkeiten, auch beim Haushalt bereits, das Mißtrauensvotum zu stellen. Wenn man sich dazu entschließt, dann darf man die Uhr nicht erst ablaufen lassen, weil sie sonst den guten Ausgang, soweit darin eine Chance liegt, auf alle Fälle gefährden würde.

Schwarz-Schilling: Es sind nur zwei Dinge: Das erste, es sollte möglichst nicht bei den Ostverträgen sein, weil das die gesamtpolitische Verantwortung, die wir tragen, nicht verträgt. Ich glaube, da ist allem zuzustimmen. Das zweite ist die große Dolchstoßlegende, die uns dann 1973 mit allen propagandistischen Dingen entgegenschlagen wird. Aus diesem Grunde ist natürlich die Vorbereitung und die publizistische Absicherung von einer ganz außerordentlichen Bedeutung bei allen Vorgängen, die sich in dieser Woche abspielen. Es muß etwa so sein, wie wir hier in Baden-Württemberg in der Frage der Ostverträge taktiert haben, indem wir gesagt haben: „Wir stellen nicht die Frage der Ostpolitik in den Mittelpunkt dieses Wahlkampfes, aber wenn dieses Thema uns aufgezwungen wird, dann stehen wir dazu!“ Und wir sagen: „Wir drängen uns nicht danach, jetzt etwa diese Regierung abzulösen. Aber wenn die Situation uns von der Regierung praktisch aufoktroziert wird, indem sie ihre eigene Mehrheit verliert, dann können wir gar nichts anderes tun, als unserer Verantwortung gerecht zu werden und diese Regierung zu übernehmen.“ Das muß eine nahtlose Argumentationskette sein, wenn das 1973 nicht ganz gewaltig gegen uns schlagen soll. Und dazu wäre natürlich dann sehr genau im Detail zu überlegen und diese Frage zu stellen. Es wird uns nicht abgenommen werden, wenn wir aus irgendwelchen Haushaltstiteln etwas ableiten. Wenn solche Dinge benutzt würden, um eine solche Niederlage herbeizuführen, das würde als Spielerei abqualifiziert werden und als Trick der Opposition und ähnliches mehr gelten, eben doch die Macht unter allen Umständen zu bekommen. Es muß sich schon darum handeln, daß es tatsächlich ein echtes großes Mißtrauensvotum in einer Frage ist, die von großer Bedeutung ist. Das heißt aber, daß diese Regierung sich selber in diese Situation hinein manövriert hat.

Die Frage, ob nun konstruktives Mißtrauensvotum oder Neuwahlen, stellt sich für uns ja offensichtlich gar nicht. Ich möchte sagen, daß die Situation, jetzt die Regierung zu übernehmen und in einem Jahr den Wahlkampf zu gewinnen, mit mindestens gleichen Risiken versehen ist, als die von 1973 aus unserem heutigen Stand. All das, was Sie gesagt haben, unterstreicht, wie schwierig es sein wird, weil das längst hervor gebracht werden wird, wenn wir bis 1973 warten müssen, was ich ausdrücklich angehe. Aber ich glaube, daß dieses eine Jahr ein Risiko ist, das hat noch keine Regierung gemußt. Nach einem Jahr ist es immer ein Tief, wann immer eine Bundesregierung antritt. Wir in Hessen haben das immer deutlich zu spüren bekommen, daß, wenn die CDU haushoch gewonnen hat, wir ein Jahr später bei der Landtagswahl die große Enttäuschung dieses ersten Jahres ordentlich draufbekommen haben. Wir haben das große Glück gehabt, 1969 die umgekehrte Situation zu haben, da hat es die SPD draufbekommen. Ich würde also sagen, ein Jahr ist die schlechteste Zeit, die eine Regierung jemals gehabt hat. Und wir können ja bei diesem kolossalen Ernst der Situation und

der Stabilität nichts versprechen, so daß ich Sie darum bitte, daß gerade in der Frage der Argumentation, wie es zu dieser Regierungsübernahme gekommen ist, als erstes ganz deutlich daran gedacht wird, daß man uns nicht unterschieben kann, wir hätten den Sturz durch irgendwelche Tricks hervorgerufen. Es muß tatsächlich so aussehen, daß die CDU gar nicht umhin kommt, nun zu ihrem Wort zu stehen und diese schwierige Situation zu übernehmen und zu sehen, was nun dort zu machen ist.

Barzel: Also, wie gemalt wird das nicht. Aber, ich meine, ich habe Ihnen nur zwei Fälle geschildert, wenn der Kanzler den Oppositionsführer belügt und das ganze Volk zum zweiten belogen und Staatsgewalt mißbraucht wird. Ich habe nicht die Absicht, hier einen Beschluß fassen zu lassen. Ich habe nur gewußt, daß die Fraktion das heute erörtern will. Ich kann natürlich nicht morgens den Vorstand haben, und wir sprechen nur, wie wunderbar Hans Filbinger und wie schön der Helmut Kohl und der Heinz Köppler waren, und dann gehen wir weg und Ihr lest nächsten Tag in der Zeitung, die Frage haben wir hinterher entschieden. Das wäre nicht fair gewesen, nicht? Die Diskussion war, glaube ich, notwendig.

Dregger: Im Hinblick auf die Diskussion noch eine Bemerkung. Das „So nicht!“ des Vorsitzenden muß gelten, vor und nach einem Regierungswechsel. Wir würden völlig ungläubwürdig, wenn wir aus taktischen Erwägungen etwas anderes tolerieren würden. Wir würden alle Gerüchte nur bestätigen, die verwandt worden sind, daß wir nur aus Machterwägungen die Ostpolitik bekämpft hätten. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, es war wichtig, daß das noch einmal deutlich gesagt wurde.

Barzel: Ich will noch weiter gehen in der Begründung. Wir haben gesagt: „So nicht!“ Wir haben der Regierung angeboten, gemeinsam zu handeln, die Regierung weigert sich. Also müssen wir die Verantwortung umdrehen, um zu versuchen, was herauszuholen ist. Es geht hier um Politik.

Kraske: Ich wollte nur im Anschluß an das, was der Vorsitzende über seine Stellung gegenüber der Fraktion heute nachmittag sagte, mit einem Satz etwas über meine Stellung gegenüber der Presse sagen. Trotz Mitnahme von Herrn Kaltefleiter war auch die Presse nicht davon zu überzeugen, daß wir uns hier ausschließlich über wahlanalytische Fragen unterhalten hätten, und ich habe mir deshalb erlaubt, der Presse zu sagen, daß die Stimmung im Präsidium und im Bundesvorstand am besten abzulesen sei an einem Satz aus dem Bericht, den Herr Kohl über unsere Präsidiumssitzung gegeben hat, daß nämlich der Vertrauenszuwachs bei diesen Wahlen die Verantwortung erhöhe, der sich auch eine Oppositionspartei nicht entziehen könne. Wenn eine Partei seit 2½ Jahren sagt, sie sei jederzeit regierungsfähig, dann müsse sie gerade nach einem solchen Wahlerfolg glaubwürdig bleiben. Ich habe der Presse erklärt, daß der Bundesvorstand in gar keiner Weise die Gremien der Fraktion präjudizieren könne, daß dieses eine allgemeine Aussprache sei. Das ist dann auch so akzeptiert worden. Die Presse erwartet mit Spannung den heutigen Nachmittag, und ich habe ihr gesagt, sie würde sich bis zum späten Nachmittag oder Abend noch etwas gedulden müssen.

Lemke: Darf ich noch einen Satz sagen? Also das ist hier ja wirklich eine interessante Diskussion. Aber ich möchte noch mal das wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe. Ich glaube nicht, ich kann viel dazu sagen, daß wir 1973 eine bessere Situation

haben als heute. Und ich fürchte, daß in den 1 ½ Jahren für Deutschland, für den Staat und allgemein, weiterer Schaden eintritt. Und deswegen zugreifen!

Barzel: Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet. Ich danke, ich glaube, es war ein sehr gutes Gespräch. Punkt „Verschiedenes“? Ich danke herzlich, wünsche guten Appetit und uns allen viel Erleuchtung für die nächsten Tage.³⁹

³⁹ Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-922; CDU Presse Mitteilungen vom 24. April 1972.